

Das Abonnement
auf dies mit Anenahme der
Sonntags täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung

An die Herren Wahlkommissarien
unserer Provinz richten wir die ergebenste Bitte, von dem Ausfall der Abgeordnetenwahlen am 6. d. gef. uns noch am Wahltag selbst in Kenntniß setzen zu wollen.

Die Redaktion.

Amtliches.

Berlin, 1. Dezember. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Senats-Präsidenten bei dem Appellationsgerichts Hof zu Köln, Geheimen Justizrat Friedrich Heinrich Robert von Weiler, den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Fürstlich reußischen Kabinetts-Math Louis Theodor Schlick zu Gera, den Roten Adler-Orden dritter Klasse; dem Großherzoglich sächsischen Ober-Hofmeister Baron von Beaujeu Marconnay, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern; dem Großherzoglich sächsischen Ober-Stallmeister und Flügel-Adjutanten Freiherrn von und zu Egloffstein, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; und dem Herzoglich anhalt-bernburgischen Ministerialrat Hagemann zu Bernburg den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse zu verleihen; ferner den Regierungs-Assessor Christian Freiherrn von Massenbach zum Landrat des Kreises Samter im Regierungsbezirk Posen zu ernennen; endlich den nachbenannten Offizieren die Erlaubnis zur Anlegung des ihnen verliehenen Großherzoglich badischen Ordens vom Zähringer Löwen, und zwar: des Kommandeurkreuzes zweiter Klasse: dem Kommandeur des Rheinischen Ulanen-Regiments Nr. 7, Oberst-Lieutenant von Gebrechell; des Ritterkreuzes mit Eichenlaub: dem Major Ursin von Baer von demselben Regiment; des Ritterkreuzes: dem Rittmeister und Escadron-Chef von Kahlden, dem Premier-Lieutenant von Rundstedt und dem Ober-Stabs- und Regiments-Arzt Dr. Kallmann von demselben Regiment, so wie dem Adjutanten der 30. Infanterie-Brigade, Premier-Lieutenant von Schachtmeyer vom Ostpreußischen Fußst.-Regiment Nr. 33, die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Ritterkreuzes des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens zu ertheilen.

Der praktische Arzt Dr. Birckner ist zum Kreis-Physikus des Stadtkreises Potsdam ernannt worden.

Lebenskunst der Posener Zeitung.

Paris, Sonntag 1. Dezbr. Morgens. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht ein Schreiben des Kaisers, in welchem er den Wechselagenten seinen Dank für die Anerkennung seiner Anstrengungen in Bezug auf das Wohl Frankreichs und auf Hebung des Krebits ausspricht. Der Kaiser ersucht sie, ihrer Absicht, ihm eine Statue in der Umgebung der Börse zu errichten, zu entsagen und bietet ihnen sein Bildnis an, um dasselbe in ihrem Sitzungssaale aufzustellen.

Bern, Sonnabend 30. Nov. In einer zweiten Note des Bundesrates beharrt derselbe bei der Thatache, daß eine Grenzverlezung des Dappenthal's stattgefunden habe und verlangt Genugthuung. Die Note bestreitet die französische Definition des Status quo und verweigert Unterhandlungen über die Besitzverhältnisse des Dappenthal's.

Barcelona, Sonnabend 30. Nov. Der Gesandte Victor Emanuelis, Baron Lecco, ist hier eingetroffen. Die hier anwesenden italienischen, spanischen und französischen Demokraten benutzten seine Anwesenheit zu einer Demonstration. Lecco sagte: Italien werde siegen, die Fahne Italiens werde in Rom und in Venedig wehen.

Skutari, Sonntag 1. Dezember. Die von hier dem Dorfe Gestane zu Hülfe gesandten Freikorps haben im Verein mit den Einwohnern die Montenegriner, welche unterdessen auch Skutari niedergebrannt hatten, zurückgeschlagen. Die Montenegriner erwarteten Verstärkung. Die Bewohner Gestane's, die einen neuen Angriff befürchteten, haben ihre Familien nach Antibari geschickt. Die Freikorps aus Skutari sind auch den anderen bedrohten Dörfern zur Hülfe gesandt worden, zu welchem Zwecke man auch die Miriditen aufgesondert hatte.

(Eingeg. 2. Dezember, 9 Uhr Vormittags.)

Paris, Sonntag 1. Dez. Abends. Man versichert aus guter Quelle, daß die österreichischen Streitkräfte die Verpflichtung überkommen hätten (durch den früher erwähnten angeblichen Vertrag Österreichs mit der Pforte?), heute in die Herzegowina einzurücken.

(Eingeg. 2. Dez. 11 Uhr 5 Min. Vormittags.)

Paris, Montag 2. Dez. Morgens. Man versichert, der Zweck der österreichischen Intervention in der Herzegowina (s. oben) sei nur, die Militärstraße zwischen Fleck und Ragusa frei zu machen. Nach Erreichung dieses Zweckes würden die Österreicher wieder sich zurückziehen.

(Eingeg. 2. Dez. 12 Uhr 45 Min. Nachm.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 1. Dezbr. [Vom Hofe; Tageblatt.] Gestern nahm der König zunächst die laufenden Vorträge entgegen und ertheilte alsdann dem großherzoglich-hessischen Ministerresidenten Baron Wamboldt v. Unstadt, im Beisein des Ministers Grafen Bernstorff, eine Privataudienz, in welcher er dessen Beglaubigungsschreiben entgegennahm. Mittags 2 Uhr konferierte der König mit dem Minister v. Auerswald und Grafen Schwerin und begab sich darauf mit dem Prinzen Karl und dem

Kriegsminister v. Noen in das Zeughaus, wo er einige neue Geschütze besichtigte. Zum Diner hatten die Minister v. Auerswald, v. Schleinitz, Graf Bernstorff, der aus Militärs hierher zurückgekehrt königliche Gesandte Graf Perponcher, der Baron v. Wamboldt und mehrere Militärs Einladungen erhalten. Abends war im königlichen Palais Theegesellschaft. — Heute Vormittag besuchte der König den Dom, die Königin war, wie gewöhnlich, mit den beiden Kindern des Prinzen Albrecht in der Matthäikirche. Die Familiensafel fand beim Prinzen Karl statt. Der Kronprinz und der Prinz Friedrich Karl sind heute früh nach Halberstadt gefahren und geben von dort, wie es heißt, nach Blankenburg. Die Rückkehr soll schon morgen erfolgen. Der Prinz Karl fährt heute Abend nach Schloss Glienecke. — Am Freitag wohnten der König, die Königin und der Kronprinz in Meiers Saale der Todtenfeier bei, welche dort die Juristengesellschaft dem verstorbenen Staatsminister v. Savigny zu Ehren veranstaltet hatte.

Gestern Vormittag 10 Uhr wurde der Hofmaler Prof. W. Hensel unter großer Theilnahme zur Erde bestattet. Der Trauerfeierlichkeit wohnten der Prinz Georg, die Fürsten W. und B. Radziwill, der Kultusminister v. Behmann-Hollweg, mehrere höhere Militärs und Notabilitäten der Kunst und Wissenschaft bei. Dem Leichnwagen folgten die Equipagen der Majestäten und der Mitglieder der königlichen Familie. Der Verstorbene ruht auf dem Dreifaltigkeitskirchhofe an der Seite seiner ihm schon 1847 vorangegangenen Gattin. — Die Minister hatten gestern wieder eine mehrstündige Konferenz, in welcher auch der Kronprinz anwesend war. — Heute Mittags hatten die Minister v. Auerswald und Graf Bernstorff eine längere Konferenz und Abends waren sie im königlichen Palais zum Thee. — Am Mittwoch giebt der Minister Graf Bernstorff ein diplomatisches Diner, zu welchem die Gesandten mit ihren Gemahlinnen geladen sind. — Die Wahlmänner halten jetzt fast täglich allgemeine und Parteiversammlungen, so daß sie stark in Anspruch genommen werden. Die meiste Aussicht wieder gewählt zu werden haben Kühne, Diesterweg, Schulze-Delitzsch, Stadtlyndikus Duncker, Twesten rc. Dem Anscheine nach werden viele Nachwahlen nötig sein, da in mehreren Wahlbezirken dieselben Kandidaten aufgestellt sind. Die Wahl unserer Minister soll gesichert sein.

(Statistisches.) Aus dem neuesten Bande von D. Hübners Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik entnehmen wir als interessantesten Beitrag zur Beurtheilung der Kleinstaaten den Vergleich der Staatsausgaben, welcher zum Beispiel für den Hof in Mecklenburg-Schwerin 4 Thlr. 4½ Sgr. in Preußen dagegen (obwohl nach dem Budget pro 1861 noch 500,000 Thlr. für die Regierung zugerechnet sind) nur 5½ Sgr. pro Kopf ergibt. Nicht minder erbaulich ist die Papiergeldwirtschaft, welche gegen 27 Sgr. pro Kopf in Preußen bis zu 10 Thlr. pro Kopf in den Duodezstaaten steigt! Nur im Budget des Kriegsministeriums nimmt Preußen eine unangenehm hervorragende Stellung ein, indem es bereits auf 71 Sgr. pro Kopf und hiervon dem Etat (73 Sgr.) nahe gerückt ist, durch welchen Österreich seine Finanzen ruinirt hat.

Österreich. Wien, 30. Nov. (Das Budget und der Reichsrath.) Die Ernennung des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Grenneville zum einstweiligen Präsidenten des siebenbürgischen Gouvernements ist ein Beweis, daß die Regierung entschlossen ist, auch in Siebenbürgen energisch vorzugehen. Das Einberufungsschreiben des siebenbürgischen Landtages, welches bekanntlich Graf Willo nicht veröffentlichte, soll nun binnen Kurzem publiziert werden. Die Regierung wird aber die Erledigung der Frage, ob der siebenbürgische Landtag den Reichsrath beschicken wird, nicht abwarten, sondern noch früher, man sagt, schon im Laufe der nächsten Woche, das Budget in den Reichsrath bringen, da sie nicht länger mehr damit zögern kann in Hinblick auf den Umstand, daß ein Defizit zu decken ist, was nur mit Hülfe eines Anlehens geschehen kann. Die Frage, um die es sich dermalen hauptsächlich handelt, ist demnach die: Wird der Reichsrath das Anlehen votiren, und wird, im Falle er sich dazu bereit finden läßt, der öffentliche Kredit dadurch in so weit gekräftigt, daß die Ausbringung dieses Anlehens mit Sicherheit erwartet werden kann? Die Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß das Votum des Reichsraths hinreichen werde, das Gelingen dieser Finanzoperation zu verbürgen, welcher Ansicht man aber in den finanziellen Kreisen nicht bestimmt. Vielmehr ist man in diesen der Ansicht, daß ein von dem Reichsrathe in seiner dermaligen Gestalt abgegebenes Votum zu Gunsten einer Anleihe nicht hinreichend sei, um den Erfolg derselben zu verbürgen, und glaubt man daher auch, daß die Regierung den Versuch machen sollte, sich die zur Deckung des Defizits nothwendigen Gelder auf andere Weise zu verschaffen, da ein Mithilfen der Anleihe den Staatskredit noch mehr erschüttern müßte. (R. 3.)

(Kirchlich-nationaler Vereine.) Die „Presse“ macht auf die Ausbreitung kirchlich-nationaler Vereine in den nordslavischen Kronländern, denen sich jetzt auch solche in Ungarn anschließen, als auf ein gefährliches Symptom aufmerksam: „Seit diesem Sommer wird in Ungarn die Bildung eines St. Ladislauvereins eifrig betrieben, an dessen Spitze als Präsidenten der Erzbischof Konovics und der Graf Karolyi stehen. Unter den Vizepräsidenten befindet sich, so viel wir wissen, der bekannte Domherr Danielik, wahrscheinlich die Seele des Unternehmens. Der Wortlaut der Statuten liegt uns vor. Der ausgesprochene Zweck des Vereins ist ein dreifacher: 1) unter den im Orient lebenden Christen, besonders magyarischer Nationalität, Erziehungs- und Unterrichtsanstalten zu errichten und zu erhalten; 2) die größeren vaterländischen Unternehmungen, Fabriks- und andere Anstalten zu unterstützen; 3) zur Bedeckung der allgemeinen Bedürfnisse der katholischen Kirche beizutragen. Vom Präsidium sind die Ordinariate angegangen worden, der ihnen unterstehenden Pfarrgeistlichkeit mittels Rundschreibens die Einsführung und Ausbreitung des Vereins anzubefehlen.“ Zur Erklärung des wahren Charakters dieses Vereins zieht die „Presse“ einen Satz aus einem Schreiben des Erzbischofs Konovics an, in welchem es

Inserate
(1¼ Sgr. für die fünfgesparte Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

heißt: „Meine Befürchtungen in Betreff der Zukunft der Kirche sind ernster und betrübender Art. Möglicherweise sind wir nahe der Zeit, wo die ungarische katholische Kirche einen Kampf auf Tod und Leben und die Unterstützung ihrer sämtlichen Gläubigen nötig machen wird, damit sie auch nur die Trümmer ihres ehemaligen Glanzes rette. Wir wollen uns daher vorbereiten auf den Kampf, und wahrlich, wir können dies nicht würdiger und vernünftiger thun, als wenn wir schon jetzt mit unseren Gläubigen in jenen engeren Bund treten, dessen bloße Existenz unsere Gegner einschütern und von dem Angriff auf uns, wenn sie solchen Angriff sich vorgenommen haben sollten, abschrecken würde. In unseren Lagen ist die Zahl jene Macht, vor der man Respekt hat und sogar die gerechte Sache, ja die ewige Wahrheit bedarf dieser Macht.“ Die „Presse“ schließt daraus, daß es wesentlich die deutschen konstitutionellen Minister sind, welche hier als Feinde bezeichnet werden, da dem Katholizismus in Ungarn von den ungarischen Protestantenten gar keine Gefahr droht.

— [Der Clerus in Österreich.] Ein mährisches Blatt giebt über den Clerus in Österreich folgende statistische Daten: Die nichtregulierte Gemeinde umfaßt 55.370 Personen, worunter Patriarch, 4 Primaten, 11 Erzbischöfe, 53 Bischöfe, 24 Weihbischöfe, 12.863 Pfarrer, 539 geistliche Professoren. Es bestehen ferner 720 Männerklöster mit 59 Abten, 45 Provinzialen, 675 Priester, 645 Kleikern, 240 Novizen und 1917 Eatenbüdern. Die meisten Klöster besitzen die Patriarchen (60), reformierten Franziskaner (163), Dominikaner (41), Einsiedler (48), Benediktiner (37), barnizigen Brüder (31), Jesuiten (17), Prämonstraten (15), Basilianer, griechischer Ritus (26). Die Zahl der Frauenklöster beträgt 298 mit 5198 Nonnen, worunter die baumherigen Schwestern des heiligen Vincentius mit 85 Klöstern und die Ursulinen mit 25 Klöstern die zahlreichsten sind. Das gesammte Kirchenvermögen beträgt nach derselben Quelle 185.682.967 fl. mit 19.639.713 jährl. Einkünften. Am höchsten dotirt sind die Erzbischöfe Olmütz mit 300.800, Prag mit 71.680, Bisizum Linz mit 51.250, das Prager Kapitel mit 80.000, die regulierten Chorherren in Klosterneuburg mit 158.000, Herzogenburg 51.000, St. Florian 95.000, Kreuzbergen in Prag 54.000, Prämonstraten in Solzgut, 53.150, in Lög 223.000 Barnabiten in Wien 54.450, Benediktiner in Mörl 100.000, bei den Schotten in Wien 197.000, in Seitenstätten 92.600, in Göttweig 71.600, bei St. Peter in Salzburg 87.500, in Kremsmünster 191.700, in Admont 52.760, in St. Lambrecht 50.200, Cistercienser in Heiligenkreuz 93.900, Zwettl 50.000, Hohenfurth 51.100, Ossiach 87.900 fl.

Württemberg. Stuttgart, 28. Nov. (Das katholische Kirchengesetz) ist, nachdem vorgestern die Detailberatung zu Ende gegangen, gestern mit 67 gegen 13 Stimmen angenommen worden. Der Regierungsentwurf ist mit nur unwesentlichen Veränderungen aus den Beratungen der Kammer hervorgegangen und hat sonach ganz den vermittelnden, jede prinzipielle Entscheidung ablehnenden, wesentlich auf Zweckmäßigkeit gründenden Charakter beibehalten. Höchst bezeichnend für das Gesetz und die Art und Weise, wie es von den verschiedenen Parteien aufgesetzt wird, ist die kurze Konversation, die sich in der vorigestrichen Sitzung zwischen den Mitgliedern von drei verschiedenen Fraktionen erhob. Probst (von katholischer Seite) glaubte, die Zeit werde auch über das Gesetz hinweggehen und die Wunden wieder heilen, die es schlage. Harweg, der den staatlichen Gesichtspunkt vertrat, erwieserte, daß Gesetz werde die Wunden heilen, die von anderer Seite geschlagen worden seien. Und Schott war von demokratischer Seite dazwischen, er glaubte keines von beiden. In der That ist das jetzige Gesetz ein Kompromiß, der ihm wohl nur eine temporäre Bedeutung zukommen läßt, obwohl es gegenüber der Konvention, deren gesetzliche Aufhebung die Kammer sanktionirte, einen entschiedener Fortschritt zum Besseren genannt werden muß. Der Kampf war liebhaft genug, und bei jedem Paragraphen erneuerten sich wieder die Angriffe von den beiden entgegengesetzten Lagern, von Seiten der Katholiken, welche für die vollständige Autonomie ihrer Kirche sprachen, und von Seiten der Demokraten, welche, an sich gleichfalls dem Prinzip der Trennung von Staat und Kirche huldigend, doch unter den obwaltenden Verhältnissen das Aussichtsrecht des Staates möglichst zu verschärfen suchten. Bemerkenswert ist, daß von den Amendements der katholischen Partei ein einziges durchzubringen war, während ein paar Mal kleine Verschärfungen vom staatlichen Gesichtspunkt aus durchgingen, so namentlich der Beschluß, der das gesetzliche Verbot des Jesuitenordens und der mit ihm affiliirten Orden ausspricht. Hier stimmten auch die protestantischen Prälaten mit der Mehrheit, während sie sonst immer den gemäßigten Regierungsentwurf unterstützten. Besonders erfreulich ist die Annahme der Paragraphen, durch welche die Oberaufsicht der katholischen Volksschulen dem Staat gewahrt und die Stellung der katholischen Fakultät an der Landesuniversität normirt wird. In dieser Beziehung sind allerdings die anstößigsten Bestimmungen des Konkordats beseitigt worden. Im Ganzen wird das Gesetz befriedigend und beruhigend wirken. (A. P. 3.)

Baden. Karlsruhe, 30. Nov. (Landtagseröffnung.) Der Großherzog hat heute den Landtag eröffnet. In der Thronrede betonte der Großherzog unter Anderem die endliche Erledigung des Kirchenstreites, kündigte verschiedene Gesetzesvorlagen an und sprach die Erwartung aus, daß die Regierung in ihren Bestrebungen zur Lösung der deutschen Frage von den Ständen unterstützt werden würde. Die auf die deutsche Frage bezügliche Stelle lautet: „Die Erfolge alles Bemühens für das Wohl unserer geliebten Heimat bleiben jedoch stets untrennbar von der Zukunft unseres deutschen Vaterlandes. Immer ernster tritt das Bedürfnis hervor, Deutschlands Macht und Ansehen zu kräftigen, damit es in allen Beziehungen der Weltgeschichte seinen hohen geschichtlichen Beruf erfüllen kann. Wie anders wäre die Befriedigung der nationalen und politischen Interessen dieses großen Volkes möglich, als in einer festen und thatkräftigen Organisation, welche Deutschland zur Vertretung seiner Macht und seines Rechtes den Nachdruck eines einheitlichen Willens erschafft und dadurch der Selbständigkeit der Einzelstaaten

282
zugleich eine unerschütterliche Stütze verleiht. Welche Schwierigkeiten auch die Erreichung dieses Ziels bietet, ich rechne fest auf Ihre Unterstützung. In ihren dahin gerichteten Bestrebungen glaubte Meine Regierung im Einlange mit den Wünschen Meiner getreuen Stände, am Bundesstage gegenüber den Verfassungskämpfen eines deutschen Bundesstaates für eine dem Rechte entsprechende Beilegung ihre Stimme erheben zu sollen. Sie wird im Umfange ihrer Befugnisse beharrlich verfolgen, was sie unternommen.

Großbritannien und Irland.

London, 28. Novr. [Der Konflikt mit der amerikanischen Union regiert.] Es wird heute nur über einen Gegenstand gesprochen, geschrieben, debattiert und spekulirt: die telegraphisch bereits gemeldete, gewaltsame Begnahnme der Agenten der amerikanischen Südstaaten von dem britischen Postdampfer „Trent“ durch das nordamerikanische Unionsschiff „San Jacinto“. Folgendes ist, nach englischen Blättern, der genaue Sachverhalt dieses Ereignisses, das hier viel böses Blut gegen die Vereinigten Staaten erregt und möglicherweise zu unangenehmen Krämerungen führen kann. Der „San Jacinto“, eine Fregatte, richtiger: eine Dampfschuppe erster Klasse (sie führt 13 Kanonen und war im Jahre 1854 in Southampton ausgebaut worden), war am 2. d. von der afrikanischen Küste in Havannah eingetroffen und am 4. nach Newyork weiter gegangen. In Havannah war es damals allgemein bekannt, daß die Herren Slidell und Mason nebst zwei Sekretären und Familie, die mit dem Schiff „Theodora“ aus Charleston entkommen waren, die Ankunft des britischen Postdampfers „Trent“ abwarteten, um mit diesem weiter nach Europa zu fahren. Da sie in Havannah unter dem Schutz Spaniens sicher waren, machten sie von ihrer Weiterreise kein Geheimnis, bezahlten ihr Passagiergeld nach St. Thomas und verliehen an Bord des genannten Dampfers Havannah am 1. d. Herr Slidell, der als Agent der konföderirten Staaten nach Frankreich gehen wollte, hatte, außer dem Herrn Curtis, seinem Sekretär, noch eine leibliche Frau, seine eigene Frau, einen Sohn und drei Töchter bei sich, während Herr Marion, der bei der englischen Regierung akkreditirt war, nur seinen Sekretär, Herrn Mac Farland, mitbrachte. Der „Trent“ war am 8. Mittags in der engen Durchfahrt des alten Bahama-Kanals, als er gerade vor sich einen Dampfer liegen sah, der offenbar wartete und keine Flagge zeigte. Kapitän Moir vom „Trent“ zog die britischen Farben auf und fuhr weiter, dem unbekannten Dampfer entgegen, als dieser plötzlich die amerikanische Unionflagge aufzog und eine Kugel über den Bug des „Trent“ abfeuerte, was gegen den Brauch ist, da Kriegsschiffe sonst nur einen blinden Signalschuß thun, wenn sie andere Fahrzeuge zum Steben bringen wollen. Auf den ersten Schuß folgte rasch ein zweiter. Diesmal war es eine Hohlladung, die etwa 100 Yards vor dem „Trent“ einschlug. Kapitän Moir ließ seinen Dampfer sofort anhalten, denn der Amerikaner hatte alle seine Geschüsse bemannet, um eine Breitfeitenlage zu geben. Auf die Anfrage, was dies alles bedeutet, erwiderte der amerikanische Kapitän, er wolle ein Boot an Bord schicken. Das geschah. In dem Boot waren 20 Bewaffnete mit 2 Offizieren, sie verlangten die Passagierliste zu sehen, was der Kapitän des „Trent“ ablehnte, worauf der Bootskommandant die Erklärung abgab, er sei erster Lieutenant der amerikanischen Fregatte „San Jacinto“ und habe die positive Weisung, gewisse an Bord des „Trent“ befindliche Passagiere zu holen. Auch dies verweigerte der Kapitän, und Kommandeur Williams von der englischen Marine erklärte auf Entschiedenheit, es habe Niemand ein Recht, eine unter dem Schutz der britischen Flagge stehende Person zu holen. Als der Lieutenant hierauf die Namen der vier Herren, die er suchte, nannte, traten diese unaufgefordert vor und fragten ihm, was mit ihnen geschehen solle. Die Antwort lautete, er habe Beschrift, sie auf sein Schiff zu bringen. Sie aber erwiderten, daß sie nur der Gewalt weichen würden, und Herr Slidell sagte zu Kapitän Moir gewendet: „Wir rufen den Schutz der britischen Flagge an.“ Nochmals erklärte der englische Kapitän, daß er seine Passagiere nicht herausgeben könne, worauf der amerikanische Lieutenant erwiderte, in diesem Falle müsse er den ganzen Dampfer mitführen. Kommandeur Williams, den die Post anvertraut war, trat seinerseits vor und erklärte: „Auf diesem Schiffe vertrete ich die Regierung Ihrer Majestät, und ich rufe die Offiziere und Passagiere sammt und sonders an, auf meine Worte zu achten, wenn ich in Namen meiner Regierung diesen Akt als einen illegalen, das Völkerrecht verlegenden bezeichne, als einen Altmutwilligen Seraubus, den Ihr zu begehen nimmer wagen würdet, wenn uns Mittel zur Vertheidigung zu Gebote stünden.“ Der Lieutenant winkte nach der Fregatte hinüber, und diese schickte 2 andere Boote, mit etwa 30 Soldaten und 60 Matrosen bemannet, gegen den „Trent“ ab. Sie stiegen mit gezogenem Gewehr an Bord, den vier Herren wurde gestattet, sich die nothwendigste Kleidung aus ihren Kabinen zu holen, dann wurden sie abgeführt. Ihre Familienangehörigen blieben auf dem englischen Dampfer, da man sie bedeute, daß sie in Newyork ohnedies von den Herren getrennt werden würden. Nach beim Abfahren rief Herr Slidell zurück, er erwarte, daß die britische Regierung sich Genugthuung verschaffen werde, und ermahne den Kapitän, über den Vorfall gebührend Bericht abzustatten. Der Lieutenant, der am längsten an Bord geblieben war, verlangte nachträglich, daß der „Trent“ näher an den „San Jacinto“ hinauffähre, und daß Kapitän Moir sich mit seinen Papieren dahin versorge; darauf erklärte der Kapitän jedoch: „Wenn Sie mit mir zu sprechen haben, finden Sie mich auf meinem Hinterdeck.“ Dorthin begab er sich wirklich, der Lieutenant aber widerholte seine Forderung nicht und verließ sofort den Dampfer, der seine Fahrt ungehindert fortführte. Unter den Passagieren des „Trent“, Deutschen, Franzosen, Spaniern und Engländern, war die Aufregung begreiflicherweise eine außerordentliche, aber die Vertheidigung war doch unmöglich zu denken. Die Offiziere des „San Jacinto“ hatten schließlich noch um Nahrungsmittel für ihre vier Gefangenen gebeten, da sie selber schlecht proviantiert wären. Sie wurden ihnen mitgegeben, unter der ausdrücklichen Bemerkung, daß sie bloß den Gefangenen zu Gute kommen dürften. Die Deutschen aber hatten sie entweder zu suchen vergessen, oder nicht finden können, der „La Plata“ hat sie mit nach England gebracht, desgleichen die Angehörigen der Gefangenen, die seitdem in London eingetroffen sind.

Die Aufregung, die seit gestern über diesen Vorfall in London und im ganzen Lande herrscht, ist eine außergewöhnliche. Drei Stunden nach Eintreffen der bezüglichen telegraphischen Depesche bielten die Kaufleute in Liverpool ein sogenanntes Indignations-Meeting. Ein Herr Spence präsidierte, und es wurde die Resolution beantragt: daß, nachdem dieses Meeting mit Unwillen vernommen hat, daß ein Kriegsschiff der amerikanischen Union gewisse Passagiere, die unter dem Schutz der britischen Flagge friedlich von einem neutralen Hafen zum anderen fuhren, gewaltsam von einem britischen Post-Dampfer geholt habe, es die Regierung dringend auffordert, die Würde der britischen Flagge zu wahren, indem sie prompte Genugthuung für diese Beleidigung fordern. Es wurden einige sehr heftige, leidenschaftliche und dann wieder einige beschwichtigende Reden gehalten. Schließlich wurde die Resolution doch angenommen, nur mit der Abänderung, daß die letzten Worte, von „indem“ an, wegbleiben. Viele von den älteren und bekonnenen Kaufherren mißbilligten die Einberufung des Meetings und ermahnten, nicht voreilig die Erhöhung zu steigern. Es fehlt nicht an solchen, welche behaupten, es liege hier ein klarer casus belli vor, wofür dem Lande nicht vollständige Genugthuung werde. Doch scheint es, daß die Gemeinschaft das Feld behaupten werden und daß man die Entscheidung der Kronjuristen und der Regierung mit Ruhe abwarten wird. An der Börse waren beim Eintreffen der Nachricht aus Southampton die Konföderaten um 1 Proz. gefallen, doch hatten sie sich am Schluss wieder etwas erholt. Man sieht in der City, wie allenfalls das festste Vertrauen in die Ruhe und Energie der Regierung. Daneben fehlt es nicht an Gerüchten der schlimmsten Art, zumal, daß die amerikanische Regierung es auf einen Streit mit England abgesehen habe, daß sie, in Vorauflage desselben, vergangene Woche schon den ganzen Londoner Salpetervorrath (60,000 Zentner) angekauft habe, und daß Lord Palmerston, weil er die Absichten des amerikanischen Kabinetts genau gekannt, bei Zeiten Truppen nach Kanada und Kriegsschiffe nach den amerikanischen Stationen gesandt habe. Dagegen wird von anderer Seite behauptet, daß amerikanische Kriegsschiff habe ganz legal gehandelt, und es liege kein Grund zur Klage vor. Über dieses und Änderes sprechen sich die heutigen Journale in ihren Leitartikeln ausführlich aus.

[Die Armstrongkanone.] Sir William Armstrong ist einer langen Vertheidigung der nach ihm benannten, vielfach angefeindeten Kanone vor die Öffentlichkeit getreten. Aus seinem Aufsage ersehen wir, daß bis jetzt im Ganzen 1622 dieser Geschüze angefertigt worden sind, wovon ungefähr die Hälfte noch ungebraucht in den Zeughäusern liegt. Was das Kaliber angeht, so ist man bald von den Sechsfpündern abgegangen, indem davon nur 49 hergestellt und von diesen wiederum nur fünf in Gebrauch gegeben wurden. Mehr Gnade fanden die Zwölfspündner, von denen über 300 in Ge-

brauch sind und 150 im Zeughause liegen. Die Fünfundzwanzigpfunder hingegen scheinen nie in Kunst gestanden zu haben, während die Vierzigpfunder und Hundertpfunder, welche auf der See und als Positions-Geschüze verwandt werden, sehr beliebt sind. Nach Aussage Sir Williams ist von den 796 Kanonen, die überhaupt zu Dienstzwecken im Ganzen verwandt wurden, keine einzige gesprungen, und nur 20 wurden wegen notig gewordener Reparaturen zurückgeschickt. Neben dem vertheidigt Sir William seine Geschüze gegen den Vorwurf, daß sie nicht dauerhaft seien. Es ist vielfach behauptet worden, die Armstrong-Kanonen seien sehr kostspielig, indem das Stück durchschnittlich etwa 2000 £ koste. Auch diesem Tadel tritt die Abhandlung entgegen, indem ihr zufolge ein Geschütz des schwersten Kalibers sich für 650 £ herstellen läßt, während der Zwölfspunder weniger als ein Drittel dieser Summe kostet.

— [Mordthaten im englischen Heere.] Wir haben zu verschiedenen Malen erwähnt, daß seit einiger Zeit die Mordthaten im englischen Heere, d. h. die Ermordung von Offizieren und Unteroffizieren durch gemeine Soldaten, in erschreckender Weise zugemessen habe. Neulich erschöß wiederum ein Soldat eines schottischen Hochländer-Regiments, das sich bisher durch musterhafte Haltung ausgezeichnete hatte, einen Sergeanten, während derselbe nach dem Zapfenstreich in einem Kasernenzimmer die Namen der Soldaten aufrief, und verwundete einen neben dem Sergeanten stehenden Korporal durch denselben Schuß. Der Sergeant lebte, nachdem der Schuß gefallen, nur noch ein paar Sekunden, und die einzigen Worte, die er sprach, waren: „Wer hat es gethan?“ worauf der Thäter, ein 20jähriger Mensch, Namens Thomas Jackson, antwortete: „Ich, alter Junge.“ Er ward sogleich verhaftet und nach dem Wachtzimmer gebracht, wo man ihn neben einem Betrunkenen einspernte. Der wachhabende Unteroffizier wußte Aufgangs nicht, was für ein Verbrechen dem Gefangenen zur Last gelegt werde. Als er hinterher erfuhr, daß es sich um einen Mord handle, begab er sich in die Zelle, um ihm Handschellen anzulegen. Bei seinem Eintritte machte Jackson gerade einen Versuch, den Betrunkenen zu erdrosseln, und sagte, als er daran verhindert wurde, er würde ihn auch jedenfalls umgebracht haben, wenn nicht der Sergeant dazwischengekommen wäre. Als ihm die Eisen angelegt wurden, äußerte er, wenn er in dem Zimmer allein gewesen wäre, so würde er zehn Büchsen geladen und damit während des Exerziens auf das Regiment gefeuert haben. Nach kurzer Berathung übergaben ihn seine militärischen Vorgesetzten der Zivilbehörde. Jackson war in seinem Regimente als desparater Charakter bekannt, diente seit 1858, desertierte in demselben Jahre, ward aber wieder eingefangen. Es fiel auf, daß, als man den Knall des Schusses hörte, ein Soldat eines andern Regiments, den man kurz vorher in der Gesellschaft des Mörders gesehen hatte, sich ängstlich forschlich, und daß Jackson nach seiner Verhaftung sagte: „Es werden noch einige Andere vor Weihnachten erschossen werden.“

London, 30. Nov. [Teleggr.] Die heutige „Morning Post“ heilt mit, daß die Regierung Nachricht erhalten habe, Mexiko hätte der Konvention zugestimmt, durch welche alle Forderungen Englands vollständig zugestanden werden seien. Mexiko bewilligte eine Schadloshaltung für die Beschimpfungen, Wiedererstattung des geraubten Geldes, und Ausführung der Verpflichtung gegen die Aktionäre; der Versuch, England von den Alliierten zu trennen, sei aber vergeblich. England nehme diese Genugthuung nicht an und die vereinigte englische, französische und spanische Flotte werde sich der Hafen Mexicos bemächtigen. — Sowohl „Morning Post“ wie „Times“ sind der Ansicht, es sei wenig Aussicht, daß die Regierung in Washington den Kapitän des „San Jacinto“ desavouiren werde; derselbe scheine nur nach den Instruktionen, welche das Kabinett in Washington ihm ertheilt, und nicht auf eigene Verantwortlichkeit gehandelt zu haben. — Aus Southampton wird vom gestrigen Tage gemeldet: Die Regierung hat die Ausfuhr von Salpeter verboten. Einem Gerüchte nach wäre die Abfahrt eines für Amerika mit Salpeter beladenen Schiffes verhindert worden.

Frankreich.

Paris, 29. Novr. [Die Situation; Polemik über die Entwaffnungsfrage; die Finanzreform; die Gefangennahme der konföderirten Gesandten; der Kaiser nach London; Preszprozeß.] Der „Moniteur“ hat gestern die Presse daran erinnert, daß eine Diskussion der Konstitution nicht gestattet sei. Eine solche Erklärung harmoniert wenig mit den noch immer gehalten Hoffnungen auf eine entschiedene Rückkehr zu den konstitutionellen Verhältnissen, die man an die Veröffentlichung des Fould'schen Memoire's im offiziellen Organe geknüpft hatte. Gleichzeitig wird dadurch auch bestätigt, was schon seit mehreren Tagen nicht mehr verborgen war, daß nämlich in den höchsten Sphären die Befürchtung rege geworden, eine fernere Nachgiebigkeit werde die Regierung schneller als räthlich auf dem Wege der Reformen fortsetzen. Vorläufig schweigt man indessen über die fernere „Krönung des Gebäudes“ und erörtert einfach die Möglichkeit der Entwaffnung. Man darf sich indessen nicht täuschen; hinter der Debatte über die Entwaffnung verbirgt sich ein Streit über die Zeitgemäßheit rein politischer Reformen. Jene, welche die Verringerung der Armee verlangen, wissen sehr wohl, daß die Regierung, wenn sie ihre Vorschläge ausführt, gezwungen ist, aus der Verfaßung eine Wahrheit zu machen und dem gelehrenden Körper die den Vertretern der Nation gebührende Stellung wieder einzuräumen. Denn nur durch ein vollständigeres Aufgehen in der Nation selbst kann die Verringerung der kaiserlichen Macht erzeugt werden, welche namentlich nach Außen hin mit der Reduktion der Armee verbunden ist. Andererseits befämpfen die Anhänger des Kaisers diese Idee aus demselben Grunde; sie sehen in dem Nebenwiegeln der Nation den Untergang des Kaiserreichs. Eine Ausnahme macht indessen Persigny. Ich glaube Ihnen mehrfach gesagt zu haben, daß es Fould gelungen, diesen Kollegen wenigstens theilweise für seine Pläne zu gewinnen. Der heutige „Constitutionnel“ bestätigt dies von Neuem; in demselben vertheidigt Paulin Limayrac die Entwaffnung mit großem Eifer gegen die „Patrie“ und Laguerrière. Ich bin indessen der Ansicht, daß man diesen Aussäßen keine zu große Bedeutung beilegen darf, zumal es sich eigentlich um einen bloßen Wortstreit zwischen den beiden Blättern handelt. Die „Patrie“ nennt Beurlaubung, was ihr Gegner als Entwaffnung bezeichnet. Festzustehen scheint noch immer, daß die Höhe der Armee sich auf nicht weniger als 450,000 Mann belaufen wird. Dies ist wenigstens der Wille des Kaisers und was

man namentlich aus England meldet, ist nicht geeignet, eine Aenderung zu motiviren. Lord Palmerston (ich kann diese Nachricht vollständig bestätigen) hat sich entschieden geweigert, sogar nur auf Unterhandlungen in dieser Angelegenheit einzugehen, trotzdem der „Constitutionnel“ auch heute noch ausdrücklich erwähnt, daß nur nicht zu rechtfertigende Eitelkeit die englischen Minister von diesem Schritte abhalten könne. Auch das gestrige „Pays“ hat für gut befunden, in dieser Frage nicht bloß die Ansicht der „Patrie“ anzugreifen, sondern überhaupt die Bedeutung derselben zu verbürgtigen. Ein in diesem Sinne gehaltener Artikel war bereits seit einigen Tagen erwartet worden. Es scheint indessen, daß Grandguillot besser gehan hätte, sich zu erinnern, daß „Schweigen Gold“. Man versichert, daß dieser Artikel nicht nur keinen Beifall gehabt habe, sondern sogar zu erwarten sei, daß derselbe die Redaktion des „Pays“ verlieren werde. Wenngleich ich selbst glaube darf, daß die Ansichten über die Eniwaffnung, wie sie die „Patrie“ aufgestellt hat, vollständig denen des Kaisers entsprechen, so erscheint mir doch die genannte Strafe zu hart für Grandguillot, welcher schließlich weiter nichts als das Werkzeug der Intrigue gewesen ist.

— Der Gesetzesvorschlag, durch welchen der gesetzgebende Körper berechtigt wird, über das Budget nach Sektionen abzustimmen, ist am Mittwoch von dem Staatsrat angenommen worden. Man theilt mir indessen mit, daß diese Versammlung nicht ganz mit demselben einverstanden gewesen ist, und daß namentlich die Übertragung aus einer Kasse in die andere lebhafth angegriffen worden ist. Allein man hat sich damit beruhigt, einige unwesentliche Veränderungen in dem Text der Vorlage aufzunehmen, und so kann denn dieser Senatskonsult bereits morgen im „Moniteur“ veröffentlicht werden. Die Sitzungen des Senats beginnen am Montag.

Das bedeutendste Ereignis der auswärtigen Politik in dieser Woche ist natürlich die Gefangennahme der konföderirten Gesandten an Bord des englischen Schiffes „Trent“ durch ein Schiff der nordamerikanischen Marine. Die Vereinigten Staaten haben den Vertrag von Paris und namentlich die Bestimmungen desselben über die Republikation der Neutralität nicht anerkannt; es stand ihnen also vollkommen das Recht zu, das englische Schiff zu untersuchen, durchaus aber nicht die Gesandten wie beliebiges Kriegsmaterial zu behandeln und sich ihrer zu bemächtigen. Die englische Presse bespricht den Vorfall mit einer anzuverkennenden Mäßigung; einige der hiesigen offiziellen Blätter nehmen dagegen mit einer solchen Wärme die Partei Englands, daß man nicht anders kann als eine Aufreizung darin zu sehen. So zeichnet sich namentlich das „Pays“ aus, welches ausdrücklich erwähnt, daß so hochmuthige und stolze England sei stets demütig gewesen in seinem Verkehrs mit seinen nordamerikanischen Brüderen, und anderes in gleichem Ton; auch die „Patrie“ fordert für England Genugthuungen, die über das hinausgehen, was die englischen Blätter selbst in der ersten Aufregung forderten. Die bedenklichste Bedingung, welche gleichzeitig in der französischen und englischen Presse wiederkehrt, ist die Entlassung der Herren Mason und Slidell. Es erscheint indessen zweifelhaft, ob die Regierung in Washington, welche ohnehin gegen England seit der Neutralitätsklärung gereizt ist, diesen Vorschlag annehmen wird, um so mehr, als sie recht wohl weiß, daß England einen Krieg, der wenig einbringen, jedenfalls aber die Pläne des französischen Kaisers fördern würde, zu vermeiden bemüht sein wird. Niemand verbirgt sich indessen hier, daß die Anerkennung der südlichen Staaten durch diesen Schritt der nordamerikanischen Staaten gefördert worden ist. — Vor kurzer Zeit ward sowohl in einigen ausländischen Blättern wie auch im „Constitutionnel“ mitgetheilt, der Kaiser beabsichtige eine Reise nach London zu machen, wenn die Industrieausstellung daselbst eröffnet sein würde. Es bestätigt sich, daß Napoleon diese Absicht hegt, allein er wünscht der feierlichen Eröffnung beizuwohnen, und erwartet zu derselben eine Einladung des englischen Gouvernements. Wie es scheint, beabsichtigt man jenseits des Kanals indessen keineswegs, die Friedensmanifestationen so weit auszudehnen. — Die letzten Tage sind reich an einzelnen Prozessen gewesen, die größtentheils politische Ursachen haben. Vor allem interessant ist die gegen den Marquis von Flers gerichtete Anklage, welche sich auf die verrufenen Sicherheitsgesetze stützt. Der Marquis von Flers, Rath an der Rechnungskammer, ist der Störung des öffentlichen Friedens, der Aufreizung zum Hass und zur Verachtung der Regierung und des Kaisers u. s. w. angeklagt, angeblich, weil er an eine der Regierung entschieden feindliche Zeitung in Genf Korrespondenzen gefendet hat, der Wahrheit nach, weil er den Orleans sehr ergeben ist. Man hofft, daß er in Folge der unausbleiblichen Verurtheilung veranlaßt werden wird, seine amtliche Stellung aufzugeben. — Ein anderer Prozeß ist weniger interessant durch die Persönlichkeit, als beachtenswerth durch eine nun entschiedene Prinzipienfrage. Bekanntlich müssen die in den französischen Zeitungen enthaltenen Artikel vom Verfasser unterzeichnet sein, mit Ausnahme der Korrespondenzen, welche mit der Unterschrift eines Mitgliedes der Redaktion und der Angabe „Im Auszug“ genügend kontrollirt zu sein schienen. Inzwischen fand die Behörde, daß unter der Bezeichnung „im Auszug“ auch andere Artikel veröffentlicht wurden, und schritt dagegen ein. In der Provinz abgewiesen, ist es ihm in Paris gelungen, die Klage durchzufügen, und den „Ami de la Religion“ aus diesem Grunde bestrafen zu lassen. Durch diese Entscheidung ist natürlich den willkürlichen Einmischungen der Regierung in die Presse von Neuem Thür und Thor geöffnet. Denn wo die Grenze ziehen zwischen einer politischen Diskussion und einer Korrespondenz, welche sich nicht eben ausschließlich daran beschränkt, zu retten, sondern auch von Zeit zu Zeit die Ereignisse, die sie meldet, kritisirt?

Paris, 28. Nov. [Die Konstitution und die Presse.] Der heutige „Moniteur“ sagt an der Spitze seines nichtamtlichen Theils: „Der Kaiser hat durch die denkwürdigen Akte vom 24. Nov. 1860 und vom 14. d. v. seiner souveränen Prärogative Gebrauch gemacht, aus eigenem Antriebe die glänzendste Huldigung dem Prinzip der Vervollkommenung der Konstitution dargebracht. Aber seit einigen Tagen scheinen mehrere Organe der Publizität es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, die Konstitution selbst zu kritisiren und mit Nachdruck gewisse Modifikationen zu bezeichnen, deren Dringlichkeit zu proklamiren sie sich bestreben. Es wird daher notwendig, daran zu erinnern, daß, da die Initiative der in den Fundamentalpakt zu bringenden Modifikationen ausschließlich dem Kaiser und dem Senat zusteht, dieser Pakt außerhalb aller Diskussion bleiben muß und daß das Gesetz über die Presse insbesondere zum Zweck hat, die Konstitution vor den Angriffen sicher zu stellen, deren Gegenstand sie sein könnte.“

[Die Entwaffnungsfrage.] Herr Eugène Forcade bringt im „Temps“ abermals einen Artikel über die Verminderung der Militärausgaben. „Das bisherige System“, meint er, ist selbst vom theoretischen Standpunkte aus ein schlechtes gewesen. Wir hatten ein doppeltes Budget für die Ausgaben und dagegen nur eins für die Einnahmen. Indem der gegebene Körper die Steuern ausschrieb, stellte er den Betrag des regelmäßigen Einkommens von Frankreich fest. Das Gebiet der jährlichen Hülfssummen war also gesetzlich abgegrenzt. Außerdem votierte der gegebene Körper das, was die ministeriellen Redner und die Finanzkommissare das normale Ausgabebudget nannten, und die in diesem Budget festgesetzten Ausgaben absorbierten gewöhnlich die Gesamtheit der vorgegebenen Einnahmen. Nun kam aber das zweite Budget, das der supplementären und außerordentlichen Kredite. Dieses entzog sich in Bezug auf seine Ausgaben den Diskussionen und der Kontrolle der Kammer. Die Regierung bestimmte dasselbe auf dem Wege der Verordnung durch eine Reihe von Dekreten, ohne Gesamtplan, je nach zufälligen Umständen, ohne daß irgendemand das Land, die Kammer oder die Regierung selbst, seinen Umfang ermäßigt. Mit diesem außerordentlichen, unregelmäßigen, willkürlichen Budget war es unmöglich, genau zu wissen, was Frankreich im Ganzen ausgab. Aber diese Unwissenheit war nur ein Theil des Nebels.

Da die regelmäßigen Hülfsmittel des Landes, wie der Steuerertrag, vollständig auf die in dem Normalbudget vorgesehenen Ausgaben verwendet wurden, so konnte das abnormale Budget der außerordentlichen Ausgaben nicht durch die ordentlichen Einnahmemequellen gedeckt werden. Dies führte zum Defizit; die Gesamtausgabe des Landes konnte sich nie mit seiner Gesamtausgabe ausgleichen. Daher jedes Jahr ein Déouvert, dem man nur durch die Hülfsmittel eines Kreislaufs auf kurze Verfallzeit und durch eine stets wachsende Schuld begegnet, deren zahlreiche Nebenstände und schwere Gefahren jetzt nur zu sehr bekannt geworden sind.“ Aber nicht allein theoretisch, sondern auch praktisch sei das bisherige System verderbt geworden. Nicht aus vorübergehendem Missbrauch habe die Regierung jetzt einen so großen Abschluß vor den Krediten, daß sie sich selbst die Hände bindet. Sie habe sich die Anwendung dieser Kreide selbst untersagt, weil sie die unwiderstehliche Versuchung in sich gespürt habe, abermals Missbrauch mit ihnen zu treiben. Wo aber sei dieser Missbrauch, und wo die Versuchung dazu gewesen? fragt Herr Forcade weiter. Niemand sei darüber im Zweifel, etwa die „Patrie“ ausgenommen. Armee und Marine seien die großen Maschinen des supplementären und außerordentlichen Kredits gewesen, wie bereits in einem früheren Artikel desselben Publizisten nadgewiesen worden. Es handle sich nicht um das, was man mit dem pomphaften Namen „Entwaffnung“ belege. Noch Niemand habe angerathen, daß Frankreich sich der Elemente seines militärischen Schutzes entähne? Wer, selbst unter den strengsten Anhängern des Sparystems, wolle das Land der Mittel beraubten, die ihm etwa durch unvorhergesehene Ereignisse auferlegte Aufgabe durchführen zu können? Darum handle es sich gar nicht, sondern um eine der dringlichsten praktischen Fragen, die nämlich, die Budgets der Armeen und Flotten in ein einziges zu vereinigen, in ein wahrhaftiges, vollständiges Budget, das dem gegebenen Körper vorgelegt werden soll, in dem die Hülfsmittel auf die Höhe der Bedürfnisse gebracht und die Déouverts als unzulässig erklärt werden müssen. Und dabei erhebe sich nun die wichtige Frage, ob in diesem Budget die Armeen in der Stärke von 400,000 oder gar, wie Maitte dieses Jahres, von 476,000 Mann aufgenommen werden soll? Nach der Ansicht Forcades ist die Stärke von 400,000 Mann, wie auch bereits die Majorität der Budgetkommission der letzten Kammer erklärt, übertrieben. Noch mehr ist aber Forcade der Ansicht der Minorität dieser Kommission, die eine Geamtmreduktion des Budgets um 30 Millionen begehrte. Frankreich bedarf der Friedenszeit einer Arme, die gleichzeitig wirksam und nicht so kostspielig ist, die also alle Elemente einer guten militärischen Ausbildung enthält, und deren elastische Organisation jedo durch die Umstände gebotene Vermehrung des Effektivbestandes gestattet, deren Unterhaltungskosten in dem Bereich des regelmäßigen Einkommens des Landes untergebracht werden können, und nicht die bereits auf dem Volke lastenden Steuern vermehren.“ Es sei dies nicht so schwer auszuführen, als die „Patrie“ meine. Man habe bereits viele Reden und Journalartikel über den bekannten Auspruch des Baron Louis, des berühmten Finanzmannes der Restauration: „Macht gute Politik, so schaffe ich auch gute Finanzen!“ verfaßt. Es seien vielleicht jetzt in den Ministerberichten, in den Kammer- und den Journalen ganz ausgezeichnete Dinge über den umgekehrten Satz des Baron Louis zu sagen: „Schafft uns gute Finanzen, so macht Ihre gute Politik!“

Paris, 29. Novbr. [Tagesbericht.] Vom 1. Januar l. J. ab wird der „Moniteur“ wahrscheinlich ohne politisches Bulletin erscheinen, und so auf einfache Weise hould das jüngst bewilligte Vorrecht, einen Probeabzug zu sehen, wieder entzogen. Es darf dabei erinnert werden, daß die sogenannten Münchener Korrespondenzen gleichfalls hier fabriziert wurden, was namentlich auffallend geworden, weil der Verfasser in der letzten Zeit wichtige Mitteilungen aus seinem angeblichen Wohnorte erst 10—14 Tage nach dem betreffenden Vorfall und zwar wörtlich aus deutschen Zeitungen übersezt, gemeldet hat. — Marquis Lavalette ist gestern von Paris abgereist, um sich auf seinen Posten nach Rom zu begeben. „Man versichert“, fügt die „Patrie“ dieser Nachricht bei, „daß Mgr. Chigi, päpstlicher Nuntius für Paris, nach der Ankunft des Marquis Lavalette seine Reise hierher antreten werde.“ — Der „Indépendant de l’Ouest“ zeigt an, daß da sein kürzlich verurtheilte Gerant, Charles Müller, während der Erstehung seiner Strafe das Blatt nicht unterzeichnen dürfe, dieses sich genötigt sehe, für einen Monat seine Veröffentlichungen einzustellen. — Der noch länglich bei Gelegenheit des in St. Lazare eingekleppten gelben Fleibers viel genannte berühmte Epidemienarzt, Dr. Bourdon, ist so eben, 65 Jahre alt, hier gestorben. — Der „Temps“ beschäftigt sich schon in vier Artikeln mit den Ansichten des katholischen Theologen Döllinger über den Papst und dessen weltliche Herrschaft, und findet in den Vorschlägen des gelehrten Herrn Kanonikus über eine zeitweilige Verlegung der päpstlichen Residenz nach Deutschland für die römische Kurie wenig Trostliches und Zusagendes. — Der General Scott wurde im Havre von den anwesenden nordamerikanischen Schiffen mit dem größten Enthusiasmus empfangen; sie hatten sämtlich festlich gesalbt. Bei der Landung mußte der greise General unter einem improvisirten Triumphbogen durchgehen, der aus einer ungewöhnlich großen Unionssflagge bestand, welche von amerikanischen Schiffsoffizieren in die Höhe gehalten wurde. Ein ähnlicher Triumphbogen mußte am Eingang zum Bahnhof passirt werden. — Seit einigen Tagen ist viel von einem Drama die Rede, das sich in einem der aristokratischsten geistlichen Lägerinstitute der St. Germainvorstadt zugetragen haben soll. Zwei junge Zöglinge spielten während der Erholungsstunde miteinander, wobei die eine durch eine unglückliche Bewegung der anderen ein Auge fast vollständig ausgeschlug. Der Vater des so verletzten Mädchens begab sich in das Institut und verlangte die Thäterin zu sehen. Als man sie ihm vorstellte, zog er unbemerkt ein Pistol aus der Tasche und feuerte es dem Mädchen ins Gesicht. Das arme Mädchen wird schwerlich mit dem Leben davon kommen oder doch für immer entstellt sein. — In Rom wurde dieser Lage ein langer und interessanter Prozeß wegen eines jüdischen Mädchens, Sara Mayer, geführt, das von verschiedenen fromm gesinnten christlichen Personen, namentlich einem Habsburger und seiner Gattin, so wie anderen, um das „Seelenheil“ des Mädchens sich interessierten Personen der väterlichen Gewalt entzogen und durch verschiedenartige Reisen und durch heimlichen Aufenthalt in vielen geistlichen Anstalten fern gehalten worden war. Offenbar hatten mehrere der Beklagten, durch das excentrische, romanhafe Wesen des Mädchens verführt, in bester Absicht zu handeln gedacht. Sie wurden sämtlich freigesprochen, aber auf Betreiben der Zivilpartei zu 3000 Frs. Schadenersatz verurtheilt. — Man liest im „Moni-

leur de la Cordonnerie“: Eine große Anzahl Schuhmachergesellen von Paris haben den glücklichen Gedanken gehabt, Garibaldi ein Paar prächtige Reitschuh anzubieten. Der Held von Caprera schien, indem er dieses Anerbieten annahm, lebhaft gerührt von diesem Zeichen der Sympathie.“ — Die neuesten Nachrichten aus Japan, sagt das „Pays“, melden, daß die Regierung in diesem Winter eine aus 300 Personen bestehende Gesandtschaft nach Frankreich schicken wird, welche den bedeutendsten Souveränen Europa’s Geschenke überbringen soll. Die Gesandtschaft wird im Mai in Frankreich erwartet und soll England, Holland, Preußen und Russland besuchen. — Das Annuaire du bureau des longitudes für 1862 führt nicht weniger als 71 teleskopische Planeten zwischen dem Mars und Jupiter auf, die in den letzten Jahrzehnten entdeckt wurden.

Schweiz.

Genf, 26. Nov. [Die Staatsratswahl.] Vorgestern fand die Nachwahl eines Mitgliedes des Staatsrates an Stelle Camperio’s statt, welcher ablehnte. Die Fazische Partei hatte alle Kräfte aufgeboten, um dem gesunkenen Diktator eine Ehrenrettung zu verschaffen, und besonders ihre Genossen von dem Lande, gegen Vergütung der Reise- und Behrungskosten, zu dem Wahlkampf entboten. In der That waren auch, nach dem veröffentlichten Resultate der Wahlen, 7700 Wähler, also fast 600 mehr als am 11. d. Mts. erschienen, trotzdem aber erhielt Fazy von 7624 gültigen Stimmen nur 2912, also fast 300 weniger als früher, während die Majorität mit 4673 Stimmen Fol-Bry zum Staatsrat wählte. Damit wäre das Drama abgeschlossen, welches seit vier Wochen unsere kleine Republik bewegte, und eine friedliche Revolution vollzogen, welche weder für Genf noch für die Schweiz ohne Folgen bleibten wird. Das Volk von Genf hat sich, wohl ein für allemal, eines Führers entledigt, der bei allen Fähigkeiten eines bedeutenden Staatsmannes, von den auffallendsten Fehlern eines gewöhnlichen Menschen nicht frei war, und trotz vieler guter Errichtungen, die ihm Stadt und Staat danken, zuletzt Genf in finanziellen und moralischen Ruin hätte bringen müssen. Selbst seine Parteigenossen atmen jetzt freier auf, wo der unumschränkte und unduldsame Parteichef beseitigt ist, und es steht zu hoffen, daß bei dem unbefritten ehrenhaften und unabhängigen Charakter der neuwählten eine Annäherung der beiden, bisher so verschiedenen Parteien möglich werden wird. (Br. 3.)

Italien.

Turin, 27. Nov. [Das Parlament.] Am 23. d. wohnten erft 205 Deputirte der Sitzung bei; also etwas mehr als die Hälfte. Die Partei „Presse“ giebt darüber folgende Ausschlüsse: Unter den Abgeordneten der Südprovinzen befinden sich viele, welche unter dem Druck des bourbonischen Systems schwer gelitten haben, auch in ihren pekuniären Verhältnissen; manche mußten sogar 10 Jahre das Brot der Verbannen im Auslande essen. Unter diesen Männern nun sind viele politisch angesehen und haben es für ihre Pflicht gehalten, die Wahl ins erste italienische Parlament anzunehmen. Die italienische Verfassung verheilt den Abgeordneten auch nicht die geringste Anwartschaft auf eine Geldentschädigung oder sonstige Vergütung, so daß also in der Regel nur Wohlhabende das Amt annehmen können. Crispi, der unter Garibaldi’s Diktatur mächtiger Minister war, ist so arm aus dem Amte getreten, daß seine Vaterstadt ihn während der Session unterstützte, und für Zuppetta hat jetzt ein neapolitanisches Blatt eine Nationalabonnement eröffnet. — Der Gesetzentwurf über die Ausdehnung der Kriegssteuer mit zehn vom Hundert auf die neuen Provinzen des Königreichs ist mit unerwartet großer Majorität, nämlich mit 191 gegen 10 Stimmen genehmigt worden, mit Ausnahme des Artikels, welcher die Erhebung dieser Steuer auch auf den Salzpreis ausgedehnt wissen wollte. Der Abg. Plutino glaubte neuerdings in seinem und seiner Kollegen Namen Zeugnis von der Opferbereitwilligkeit seiner Landsleute ablegen zu sollen, indem er ausrief: „Man hat uns von der andern Seite der Kammer einen Fehdehandschuh hingeworfen; gut, wir heben ihn auf! Wir aus den südlichen Provinzen wollen nicht nur unseren Brüdern der anderen Provinzen gleichstehen, sondern wir möchten sie in edler Nachahmung übertreffen. Wie schwer auch die Last ist, welche uns das neue Gesetz aufbürdet, wir genehmigen dasselbe Angesichts der speziellen Lage unserer Provinzen; nur wünschen wir, daß während wir auf die Versprechungen der Regierung vertrauen, diese es nicht mache wie die Bettelmönche, die mit einer Hand einen großen tiefen Zwergschaf hinhalten, um darin die Gaben hinzunehmen, während sie mit der andern Hand dem Geber eine Prise Tabak offerieren.“ Da mit dieser Diskussion die geprüften Gesetzesvorschläge erschöpft sind, die anderen aber erst in den Abtheilungen ihrer Prüfung warten, so bleiben die Sitzungen bis zum 2. Dez. ausgesetzt, an welchem Tage dann die wichtigsten Verhandlungen über die römische Frage beginnen sollen.

[Tagesnotizen.] Das amtliche Blatt bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß Baron Tecco in Madrid Befehl erhalten habe, seine Pässe zu fordern und seinen Legationssekretär zur Führung der Gesandtschaftsgeschäfte in Madrid zurückzulassen. Der Bruch ist jetzt also eine offizielle Sache. Alle Blätter loben das Verfahren der Regierung. Die „Opinione“ beklagt nur, daß diese Maßregel nicht schon früher getroffen worden wäre. — Der Turiner Gemeinderath hat Favours Haus mit einer Gedenksäule versehen, die folgende Inschrift trägt: „Der Graf Camillo Favour wurde hier am 10. Januar 1810 geboren; er starb hier am 6. Juni 1861. Zum Andenken auf Beschuß des Gemeinderathes von Turin hier aufgestellt.“ — Auf die telegraphische Nachricht hin, daß Mazzini in London lebensgefährlich erkrankt sei, sind mehrere seiner Vertrauten von Genua und Mailand eilends nach London abgereist, darunter Saffi, der während des römischen Triumvirates 1849 Mazzini’s Kollege war. — Wie dem „Journal des Débats“ aus Turin geschrieben wird, ist Ricasoli entschlossen, unverzüglich dem Parlamente die Altenstücke über die Archivfrage vorzulegen, um den Beweis zu liefern, daß die italienische Regierung sich hierbei stets mit Würde und Mäßigung benommen habe. — Der Finanzminister Bastogi hat einen Gesetzentwurf über eine Einkommensteuer vorgelegt, welche vorzugsweise die freien Künste, die Industrie und den Handel treffen soll. Als Grundlage soll die freiwillige Angabe des Kontribuenten dienen und der Kontribuent nach Verhältniß des jährlichen Einkommens taxirt werden. — Am 22. Novbr. hielt der Marchese Favour seine Inauguralrede aus Anlaß seines Eintritts in die philosophische Fakultät. Unter den Zuhörern befand

sich auch Abbate Passaglia, dem die Studenten bei seinem Wegsehen eine Demonstration bereiteten. Sie begleiteten den neu ernannten Professor der Moralphilosophie unter Evviva’s bis zum Ausgang des Universitätsgebäudes, wo sie ihm die Hände reichten. Passaglia wird sich nicht über Mangel an Zuhörern zu beklagen haben, denn außer der Studentenschaft haben sich schon viele Advokaten, Aerzte, Literaten, Beamte und sogar Kaufleute einschreiben lassen. — Die „Armonia“ bringt Proteste von umbrischen und neapolitanischen Bischöfen gegen das Rundschreiben des Justizministers.

Der Pfarrer von Recaldo wurde wegen aufrührerischer Worte, die er angeblich auf der Kanzel gepredigt, zu einem monatlichem Kerker und 300 Fr. Geldbuße verurtheilt. — H. Franklin de St. Bon, Offizier in der königlich italienischen Marine, ist von Turin nach England abgereist, um im Auftrage seiner Regierung 6 Transportdampfer und 12 Kanonenboote zu kaufen. — Der Genueser „Movimento“ vom 25. Nov. meldet, daß die Polizei ein bourbonisches Komité in Turin entdeckt hat, das erst seit einigen Tagen in dieser Stadt bestand. — Die Opposition hat sich nach der „Gazetta d’Italia“ in ein permanentes Komité verwandelt, welches ein Journal herausgeben wird, das ihrem Programm Veröffentlichung und Ausdruck verleiht. — In den letzten Tagen desertirten gegen 70 neapolitanische Soldaten von Savigliano aus gegen die französische Grenze. Ein großer Theil derselben wurde jedoch ergreift.

Die in Ravenna erscheinende „Voce del Popolo“ führt Klage darüber, daß in den der päpstlichen Herrschaft entzogenen Provinzen die seit langer Zeit eingeleiteten Prozesse zum Schaden der Bevölkerung liegen bleiben. In der Provinz Forlì allein sollen 380 Individuen in Kerkerhaft einer Änderung ihres Schicksals entgegensehen.

[Parlament; Ratazzi; der König.] Die ministerielle Majorität hat sich gestern im philharmonischen Saale vereinigt, um sich förmlich zu konstituiren. Zum Präsidenten wurde der frühere Minister und Kammerpräsident, Lanza, gewählt; als Vizepräsidenten werden Minghetti und Corsi fungieren. Die Versammlung, die recht zahlreich besucht war, beschloß darauf, sich der Diskussion der zwölf Garantieartikel zu widersetzen; in Bezug auf die neapolitanische Angelegenheit hat man keinen definitiven Beschluß gesetzt. Der Maddaloni-Skandal macht viel von sich reden; in dem ersten Bureau eregte die Vorlesung des Antrages des Herzogs einen solchen Sturm, daß der Präsident, Brofferio, nur mit Mühe die Ruhe wieder herstellen konnte. Man beschloß, dem Antrage keine Folge zu geben und ihn, dem Präsidenten der Kammer, zurückzusenden. Die Deputirten der übrigen Bureau’s erfuhren jedoch etwas von der Sache und drängten sich zu Ratazzi, um ebenfalls das merkwürdige Altenstück kennen zu lernen. Ratazzi widerstand Anfangs, um jedoch Vergessen zu vermeiden, mußte er schließlich der Neugierde der Abgeordneten nachgeben und den Antrag den übrigen Bureau’s zugehen lassen, wo sich dieselben Neuerungen allgemeine Indignation wiederholten. Die „Opinione“ hat den Vorfall eines Leitartikels wert erachtet, die „Armonia“ aber lobt den Mut des edlen Herzogs, der nächstens nach Rom zu seinem legitimen Könige gehen wird. — Ratazzi wird am Montage das Präsidium der Kammer dem Vizepräsidenten Techis abtreten, um seine viel erwartete Rede über die römische Frage zu halten. — Der König wird nach dem Schlusse der Session seine oft angekündigte Reise nach Neapel antreten und vielleicht längere Zeit dort seinen Wohnsitz nehmen. (R. 3.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 26. Nov. [Ernennung.] Zum Minister des Innern ist der seitherige interimistische Verwalter dieses Ministeriums, Geh. Rath Walujew, durch Tagesbefehl vom 21. d. ernannt.

Warschau, 29. Novbr. [Personalveränderungen; Wielopolski; Festungsinspktion.] Aus Petersburg sind weitere interessante Nachrichten eingegangen. Der Chef des Generalstabes der ersten Armee, Generalleutnant Kryschanowski (als solcher der Nachfolger des seit dem Mai zurückgetretenen Generals Paul v. Rosebue), ist nun auch zum Generaltriegsgouverneur unserer Stadt ernannt worden, in welcher Stelle er somit dem General Geistenzweig nachfolgt. Bekanntlich ist der Neuernannte vor einigen Tagen nach Petersburg abgereist; er dürfte nunmehr bald von dort zurückkehren. — Auch General Lüders denkt uns bereits wieder zu verlassen; als Kandidat für seinen hohen Posten wird in unterrichteten Kreisen General Bezak genannt. — Von Wielopolski hört man weiter nichts, als daß seine Entlassung die Folge der Unmöglichkeit war, die von ihm gestellten Bedingungen anzunehmen. Der Marquis soll bereits auf der Reise nach Berlin sein und seine Gemahlin von hier aus ihm dorthin folgen wollen. — Unsere Zeitungen wissen von all diesen für Polen so wichtigen Ereignissen noch nichts zu melden. Auch Suchosanets Entlassung wird aus Petersburg gemeldet. — General v. Totleben hat nach Beendigung der Inspektion aller Festungen des hiesigen Militärbezirks die Rückreise nach Russland, zunächst nach der Festung Dünaburg angetreten. (Sch. 3.)

[Der Rücktritt Wielopolski’s; der Kriegszustand; Verhaftungen; Theater.] Ein Telegramm aus Petersburg hat uns die Gewißheit gebracht, daß Graf Wielopolski nach einer mehrstündigen Audienz vom Kaiser seiner Aemter als Generaldirektor des Geistlichen, als Chef der Regierungskommission der Justiz und als Vizepräsident des Staatsrates auf sein wiederholtes Ansuchen bis auf Weiteres entbunden worden ist. Der Graf wird von Petersburg über Königsberg und Breslau auf seine an der schlesischen Grenze belegenen Güter zurückkehren (vgl. oben). Hiermit haben die verschiedenen Kombinationen, welchen den Grafen zur Mitwirkung an der Entwerfung einer polnischen, nach Anderen einer russischen Konstitution berufen sein ließen, ihre Erledigung gefunden. — Nachdem die vorgebrachte polnische, durch Verhaftungen vieler ihrer Glieder geschwächte Partei die Absicht neuer Demonstrationen zum heutigen Tage aufgegeben hat, hat auch die Regierung bis jetzt keine Verhaftung geahnt, den energisch gehandhabten Kriegszustand in den noch schwereren des Belagerungszustandes zu verwandeln. Daß solche Demonstrationen nicht nur nutzlos, sondern thöricht und die schlimmsten Folgen nach sich ziehend gewesen sein würden und immer sein werden, wird wohl endlich auch diesen Heilsporten einleuchten, aber sie waren zu sehr daran gewöhnt, die Regierung die oft gegebenen Befehle nicht durchzuführen, sondern sie immer wieder erschaffen zu sehen. Der seit sechs Wochen bestehende Kriegszustand, welcher außer dem Eaternentrat bestand, hat letztere seit 9 Uhr Abends keinen ruhigen Menschen belästigt, hat letztere seit

dem immer vor Exzessen und Terrorisierung bewahrt und den, oft während der sogenannten Freiheitstage und wochenlang feiernden und hungernden Arbeitern, wieder, so viel dies die Zeitumstände überhaupt möglich machen, zu Brot verholzen. — Die Arrestirungen dauern fort. Kleidermacher und Händler mit Nationalkostümen, so wie junge Damen, welche in den Kirchen zum Besten des Vaterlandes Geld sammelten, sind jetzt an der Reihe. — Unter großem und kleinem Theater soll, wenn nicht etwa wieder Zwischenfälle eintreten, in kommender Woche eröffnet werden, da sich die Theaterintendantur entschlossen hat, die sämtlichen Gehalte des Theaterpersonals voll auszuzahlen und spielen zu lassen, indem sich das Militär &c. schrecklich langweilt und man so die Gemüther durch andere Dinge zu beschäftigen und zu befriedigen hofft. Mittel, allen Störungen vorzukommen, besitzt die Regierung hinreichend in den in den Redoutensälen des Theaters selbst einquartierten Soldaten. (Ost. 3.)

— [Der Belagerungszustand in Warschau wird, nach einer telegraphischen Depesche der „Br. 3.“ aus Sosnowice, 30. Novr., grausam] gehandhabt. Kosaken und Polizeisoldaten durchstreifen Tag und Nacht die Straßen, Verhaftungen finden massenhaft statt. Gestern wurden zwei Preußen 30 Schritt von dem europäischen Hotel verhaftet, weil sie keine Paternen trugen. Mehrere Verurtheilte, unter ihnen 11 Deutsche, sind vorgestern nach Sibirien geschafft worden. Munition und Waffen wurden, angeblich in der Krakauer Vorstadt, aufs Neue entdeckt.

Türkei.

Konstantinopel, 20. Nov. [Die Union der Donaufürstenthümer; ein Misverständnis; Verluste der Armee.] Die Pforte hat den Gesandten aller Mächte, welche den Pariser Vertrag unterzeichnet, also auch dem Botshafter des Königs von Italien, den Entwurf des Ferman's mitgetheilt, welcher die Union der Donaufürstenthümer während der Lebensdauer des Fürsten Couza regeln soll. — Der Gouverneur des Dardanellen-Schlusses hat den französischen Gesandten verhindern wollen, die Meerenge bei Nacht zu passiren; Herr de Moustier hat aber seinen Willen durchgesetzt und ist durchfahren, worauf ihm die Pforte ihr Bedauern über das Misverständnis ausgedrückt. — Die türkische Armee, welche gegen Montenegro operirt, soll durch Krankheiten, die in ihren Reihen ausgebrochen, bis auf 20,000 Mann geschwächt sein.

Voxales und Provinzielles.

R. Posen, 2. Dez. [Das Stiftungsfest des Männer-Turnvereins] hat am vorigen Sonnabend Abends hier in dem eben so reich als geschmackvoll dekorierten Saale des Odeums unter zahlreicher Theilnahme, sowohl der Mitglieder als des größeren Publikums, Damen und Herren aus allen Gesellschaftsklassen, unter denen die Spitzen der hiesigen Behörden nicht fehlten, stattgefunden und die lebhafteste Beifriedigung aller, ja in der That eine rechte Begeisterung für die edle Sache der Turnkunst und für den tüchtig geleiteten und durch treffliche Leistungen sich auszeichnenden Verein hervorgerufen. Einen ausführlichen Bericht behalten wir, bei der Bedeutung dieses Festes, uns vor.

— [Wahlkandidaturen.] In der Vorwahl zur Wahl eines Abgeordneten für den Schubiner Kreis sind von den in Schubin anwesenden deutschen Wählern als Kandidaten aufgestellt: Landrat Nochitz, Rittergutsbesitzer v. Treskow und Kr. Ger. Rath Goeldner. — In Schneidemühl für den Czarnikau-Chodziezener Kreis sind als Kandidaten vorgeschlagen: Präsident v. Schleinitz in Bromberg, Rittergutsbesitzer v. Sänger in Grabowo, Direktor Dr. Gerber aus Bromberg, Rechtsanwalt Dr. Mohner aus Lückenthal, Kreisrichter Maedelburg aus Schneidemühl, Staatsanwalt Lesle ebendaselbst und Landrat v. Köhler in Czarnikau.

— [Wahlagitation.] Das „Bromb. Wochenblatt“ enthält folgendes, deutsch und polnisch abgedruckte Inserat: „Für die katholischen Wählern wird in der katholischen Pfarrkirche zu Nakel am 6. Dezbr. d. J., als am Tage der Deputirten-Wahlen, zwischen 9 und 10 Uhr Vormittags ein Gottesdienst abgehalten, nach welchem sämtliche Wählern vor der Kirche zusammenkommen und darauf gemeinschaftlich sich an den Wahlort begeben. Dąbno bei Lobsens, den 27. Nov. 1861. A. Koczonowski.“

— [Die Wahlbewegung und die Juden.] Von verschiedenen Seiten, sowohl aus dem Bromberger als dem Posener Regierungsbezirk sind Klagen eingegangen, daß zum Theil die Juden der deutschen Sache sich abwenden und mit den Polen zusammengehen. Diese Nachricht wird auf die Deutschen einen übeln Eindruck machen. In Bromberg wurde der Grundzusatz aufgestellt, daß ein jüdischer Urwähler und Wahlmann niemals für einen „Reaktionär“ stimmen werde. Diesem Grundsatz gestehen wir seine volle Berechtigung zu, allein es wurde auch hinzugefügt, daß der jüdische Wähler für einen Polen nicht stimmen könne. Im Falle der Kollision war hier auch das Verhalten an der Wahlurne deutlich vorgezeichnet. In mehreren Städten der Provinz scheinen jedoch die Juden dieses Prinzip nicht festzuhalten. Denn es wird gemeldet, daß sie theils die Deutschen nicht unterstützen, theils positiv für die Polen aufgetreten sind. Das Erstere läßt sich vielleicht aus den Umständen rechtfertigen, das Letztere wiegt schwerer. Wir werden uns bemühen, sagt das „Bromb. Wochenblatt“, die erforderliche Information hierüber aus den Abstimmungslisten zu erhalten. Denn das liegt in der Natur der Sache, daß die Deutschen in hiesiger Provinz ihre Kräfte genau kennen lernen und erfahren müssen, auf wen sie zu rechnen haben und daß sie vor allen Dingen von zweifelhaften, unzuverlässigen Freunden sich losmachen. Wenn die Juden in der Provinz der Ansicht sind, daß es ihnen vorteilhafter sei, mit den Polen gemeinschaftliche Sache zu machen, so werden die Deutschen sich auch ohne die Juden behelfen können. Wer sich der polnischen Agitation zum Werkzeug hingibt, der strebt dahin, daß die unteren Schichten des Volkes auf dem Lande wie in den kleinen Städten, durch religiösen Fanatismus verfinstert und von Wohlhabenheit und Bildung fern gehalten werden, der strebt dahin einen klaglichen und höchst unerquicklichen Zwiespalt zum Schaden der Provinz zu verlängern. Die Folgen dieses Zwiespalts treffen zunächst den Landwirth und den Gewerbetreibenden. Denn so lange unsere Provinz beunruhigt wird, sinken die Preise der Güter herab, der Kredit wird beeinträchtigt, der Aufschwung unserer industriellen Unternehmungen wird gehemmt. Ungeachtet dieser Nachtheile sind wir Deutschen dennoch bereit, die Polen, die uns diese Nebel zufügen, mit ihrer nationalen Verblendung

zu entschuldigen, aber wie kommen die Juden dazu, jene in ihrer nationalen Verblendung noch zu verstärken, indem sie ihren politischen Bestrebungen hülfreiche Hand leisten. Wenn die Juden sagen, wir leben unter Polen, wir sind Faktoren bei polnischen Gutsbesitzern, wir besorgen ihre Geldgeschäfte und machen dabei unsern Gewinn, so antworten wir ihnen: „Eures Gewinn mißgönnen wir Euch nicht, sucht ihn auf reelle Weise, verkauft daher nicht Rechte, die Euch allein der preußische Staat gegeben hat. Als Bürger dieses Staates seid Ihr verpflichtet, das Interesse des Ganzen wahrzunehmen, nicht aber um Eures Privatvortheils wegen einer Fraktion zu dienen, die unserer Regierung nur Ungelegenheiten macht, und offen erklärt, daß sie den jetzigen Staatsverband auflösen und hier eine neue politische Ordnung der Dinge begründen will.“

* Aus dem Kreise Posen, 2. Dez. [Feuer; Volkszählung &c.] Vorgestern Abend gegen 8 Uhr entstand in dem, eine Meile von Posen belegenen Gute Radajewo Feuer. Ein unweit der herrschaftlichen Scheune stehender Getreideschober fing an zu brennen und bei dem heftigen Westwinde theilte sich das Feuer auch einer mit Getreide gefüllten Scheune und dem Viehstalle in so reißender Schnelligkeit mit, daß trotz der vier bis fünf Spritzen (zuerst aus Morasko, Dwinsk, Przepadowo, Posen, Chojnica) an keine Rettung zu denken war. Sämtliches Gemeindevieh wurde noch zeitig genug losgeschnitten und in Sicherheit gebracht. Man sagt, daß Hr. v. Treskow denjenigen polnischen Urwählern im Bezirk Radajewo mit Entziehung der Arbeit auf seinen Gütern gedroht habe, die ihre Stimmen nicht ihm, ihrem Brodherrn, sondern dem Pfarrer in Dwinsk gegeben haben, und aus Nachteile wäre nun die Anlegung des Feuers erfolgt. Verdächtige Personen sollen bereits festgenommen sein. — Heute Morgen gegen 3 Uhr brannte die Scheune mit einer Menge Heu und der Kubstall des Windmüllers Andreas Bohn (hinter dem Schillinge bei Naramowice) total nieder. Innerhalb zwanzig Jahren betrifft diesen Mann das Brandunglück schon zum dritten Mal. — Fast sämtliche Lehrer des Distrikts Czerwonak-Hauland sind mit der am 3. d. stattfindenden Volkszählung in deren betreffenden Schulspiegeln höheren Orts betraut worden. — In dem Wahlbezirk Umultowo-Naramowice ist ein Deutscher, Hr. v. Treskow-Umultowo, und zwei Polen zu Wahlmännern gewählt.

* Aus dem Bucker Kreise, 30. Nov. [Ein Wort an die katholischen Deutschen und die Juden.] Das Komitee zur Herbeiführung deutscher Wahlen im Bucker und Kostener Kreise hat folgende Ansprache an die Wahlmänner vertheilen lassen, welche den beiden eigentümlichen Ereignissen der diesmaligen Urwahlen, dem Zusammenhalten der deutschen Katholiken und der Juden mit den Polen, auf jähmliche Weise entgegengesetzt. Sie lautet:

„Was kann Euch Katholiken bewegen, uns zu verlassen, zu denen Ihr als Deutsche gehört, und mit den Polen zu stimmen, die ganz offen und frei in dem Abgeordnetenhaus befehlen, Euch euer preußischen Geburtsland entziehen zu wollen, wenn sie die Macht dazu hätten. Die Religion kann Euch nicht zu den Polen treiben, denn Niemand hindert Euch unter uns Preußen Eure Religion frei und unbehobt vor jedem staatlichen Einfluß auszüüben. Haben doch sämtliche Bischöfe des Landes, unter denen auch der Erzbischof von Posen und Gnesen, erst bei der Krönung unserem Könige den Dank dafür dargebracht, daß er mit königlicher Unparteilichkeit der katholischen Kirche überall seinen Schutz angedeihen lasse und ihrer Entfaltung niemals hemmend entgegengetreten sei. Und noch mehr! Ein Katholik steht an der Spitze unserer ganzen Staatsverwaltung, der Fürst von Hohenlohe, der Befehl unseres Königs und der Vorsitzende unseres Staatsministeriums. Wird er dulden, daß die Gleichberechtigung der Konfessionen im preußischen Staate auch nur die geringste Aenderung erleidet? Was ist es also, was Euch zu den Polen treibt? Es sind die falschen Behauptungen und Unwahrheiten über die Verfolgung der katholischen Religion in Preußen, mit denen man auf Euch zu wirken sucht, und in Folge deren Ihr, indem man die Bekleidungen der Religion vorzieht, zu politischen Zwecken gemischaucht werden sollt. Aber traut diesen Einflusserungen nicht! Fragt die preußischen Richter und Beamten katholischer Religion, die unter uns leben; es sind gute Katholiken und sie können Euch sagen, sie haben schon in verschiedenen Provinzen, ja in ganz protestantischen Theilen des preußischen Staates gelebt, sind aber noch niemals in der Ausübung des katholischen Kultus und ihrer heiligen Religion beunruhigt worden. Katholische Deutsche! Stimmt Ihr trotz dieser Warnung mit den Polen, so findet Ihr später keine Entschuldigung in der Beiratung, der Ihr ausgekehrt gewesen, und habt die Folgen dieser Verbindung, die nicht ausbleiben werden, selbst verhüdet. Ihr jüdischen Wahlmänner aber, von denen das Gerücht geht, daß viele unter Euch mit den Polen stimmen wollen, habt Ihr Euch klar gemacht, was Ihr beabsichtigt? Unter preußischer Regierung seid Ihr frei und unabhängig geworden; noch mehr, Ihr seid gleichberechtigt mit allen anderen Staatsangehörigen, Ihr nehmet Theil an der Religionsfreiheit, Theil an allen Wohlbahnen unterer Sache, an der Verwaltung der Kommunen und des Staates, und Ihr wollt zu einer Zeit, in welcher es sich darum handelt, Euch vollständig zu emanzipieren, Polen in das Abgeordnetenhaus schicken, die sich um Euch eben so wenig, als um irgend welchen Theil der preußischen Gesetzgebung kümmern, und lediglich ihre Unwesenheit im Abgeordnetenhaus benutzen, ihren Widerwillen gegen die preußische Staatsangehörigkeit auszuprägen? Ist für solches Verfahren ein Grund denkbar? Niemehr wird man uns Deutschen glauben machen, daß Ihr lediglich des materiellen Interesses wegen so zu stimmen beabsichtigt. Denn nimmermehr werden die Juden, die eine so erbabe Abhängigkeit und Treue an den Glauben ihrer Väter beweisen, alter Dankbarkeit gegen die preußische Regierung bar sein, welche schon in weniger aufgeklärter Zeit ihre Vorhaben wohlwollend und geistlich behandelt und sie erst zu der staatlichen Bedeutung erhoben hat, die sie jetzt beupien. Wie es ehrlich meint mit Preußen und in Folge dessen mit dem Wohle Deutschlands, kann nimmermehr mit den Polen, sondern nur mit den Deutschen stimmen.“

Kreis Buk, 30. Novr. [Wahlaufruf.] Mehrere Wahlmänner unseres Kreises haben an die deutschen Wählern der Kreise Buk und Kosten einen Aufruf erlassen, in welchem es heißt: „Nachdem wir Deutsche bei den Urwahlen den Polen gegenüber einmütig zusammengestanden haben, wollen wir unser bisherigen Wirkens dadurch die Krone aufsetzen, daß wir uns über zwei deutsche Persönlichkeiten einigen, denen wir bei den Abgeordnetenwahlen mit Zuvericht und Vertrauen unsere Stimmen geben können. Wir glauben, die Eine dieser Persönlichkeiten in dem Staatsanwalt Ahlemann in Grätz gefunden zu haben, der neben Energie und hinreichender Kenntniß unserer eigenständlichen Verhältnisse diejenigen Eigenschaften besitzt, welche ihn zu einer öffentlichen Vertretung unserer Interessen besonders geeignet, erscheinen lassen. Natürlich Unabhängigkeit der Meinung, Durchlässigkeit und sicherer Aufstreben. Wir machen daher den Vorschlag: Alle deutschen Wählern geben bei der Abgeordnetenwahl ihre Stimmen für den Staatsanwalt Ahlemann ab und stimmen, falls derselbe bei der ersten Abstimmung nicht gewählt wird auch bei der Wahl des zweiten Deputirten für denselben. Erhält jedoch unser Kandidat bei der Wahl des ersten Abgeordneten die Majorität, so stimmen alle deutschen Wählern bei der Wahl des zweiten Abgeordneten für den vom Kostenkreis in Vorschlag zu bringenden Kandidaten. Wir fordern zugleich alle deutschen Wählern auf, sich am Tage der Wahl Punkt 8 Uhr Grätz zu einer Vorwahl im Wolfsicherer Gasthofe am neuen Markt in Grätz einzufinden. Halten wir vor Allen an folgenden Grundsätzen fest: Kein deutscher Wahlmann darf sich der Pflichtverzerrtheit schuldig machen, am Wahltage auszubleiben, oder einen Anderen, als den von der Majorität der Wählern aufgestellten Kandidaten seine Stimme zu geben, und kein Kompromiß mit den Polen, selbst wenn es uns dadurch gelingen sollte, einen deutschen Deputirten in das Abgeordnetenhaus zu bringen. Unterzeichnet ist dieser Aufruf von den Wählern: Rittergutsbesitzer Beyme, Gutspächter Beyme, Kreisrath Bruck, Distrikts-Kommissarius Konschuk, Gärtner Dentmann, Bürgermeister Böck, Kreisrichter Geisler, Kreisrichter Heine, Lieutenant Naumann, Maurermeister Neumann, Rittergutsbesitzer Palm-Dutsch, Schmitz, Gutspächter Richter-Porazyn und Eigentümer Zipsel.“

* Aus dem Krausnicker Kreise, 30. Nov. [Zu den Wahlen.] Ich bin heute in der Lage, Ihnen das genaue Verhältniß der Parteistellung im hiesigen (Krausnicker) Wahlkreise geben zu können. Von den 480 Wählern gehörten 231 der unbedingt deutschen, 216 der unbedingt polnischen Nationalität an; deutsche katholische Wählern sind 33. In den

Händen dieser letzteren liegt also vollständig der Ausgang der hiesigen Abgeordnetenwahl. Sie zeigen sich jedoch im Allgemeinen so durch und durch von klerikal Einschlüssen inspirirt und in ihren politischen Anschauungen so befangen, daß sie keinen Vorstellungen zugänglich sind. Was das bekannte erzbischöfliche Wahlzirkular unbestimmt gelassen, das haben die Ortsgesellschaften daraus zu interpretieren gewußt. Diese Interpretationen sollen hier und da selbst von Drohungen, wie Verweigerung der Absolution u. s. w., begleitet gewesen sein. Als Thatache kann ich anführen, daß einem katholischen Bürger in Sarne, der sich klerikal Einschlüssen unzugänglich gezeigt und einem Deutsch-Liberalem seine Stimme zum Wahlmann gegeben, am folgenden Tage vom dortigen Geistlichen ein Kapital von 200 Thlr., daß er von der Kirche als Untecheinhaber, gekündigt worden ist. Der Höhepunkt eines solchen Terrorismus ist wohl in Storchest zu Tage gefördert worden. Die dortigen Wähler zogen von der Kirche aus ins Wahllokal und stiegen die beleidigten Reden und Drohungen gegen den Wahlkommissar Bürgermeister R. aus, dessen Ruhe und Worsicht es allein beizumessen ist, daß größere Ereignisse im Wahllokal verhindert wurden. Viele deutsche Urwähler enthielten sich aus diesem Grunde der Ausübung ihres Wahlrechtes, und so wurden denn sechs Polen gewählt. Wie ich höre, hat der schwerbeleidigte Wahlkommissarius gegen die Urheber jenes Exzesses Beschwerde geführt und soll die f. Staatsanwaltschaft bereits gegen sechs der Hauptschuldigen die Anklage erhoben haben. Daß bei manchem deutschen Wähler in hiesigen wie in anderen Kreisen schmugelige Eigennutz und materielle Rücksicht das Motiv gewesen, einem Polen seine Stimme zuzuwenden, dürfte schwer in Abrede zu stellen sein. Zur Ehre der deutschen Bevölkerung in den Städten Graustadt, Lissa, Rawicz und Sarne glaube ich hier bezeichnen zu müssen, daß sie die volle Einigkeit, sowie die größte Umstift und Überdauer bei dem Wahlkampf behält. Die jüdischen Urwähler haben dort überall, einzelne beklagenswerthe Ausnahmen abgerechnet, fest zu den Deutschen gehalten und durch ihr numerisches Verhältniß, nicht minder, wie durch das Übergewicht in den oberen Wahlbezirken zum Siege der deutschen Partei in jenen Städten beigetragen. — Morgen werden in Lissa, abermals die deutschen Wahlkomitees der Städte Graustadt, Rawicz und Lissa zusammenkommen, um sich endgültig auf Grund des bereits früher aufgestellten Programms über die deutschen Kandidaten zu einigen. Polnischerweise sind für den Graustadt-Kröbener Wahlkreis als Kandidaten aufgestellt: Graf Zoltowski auf Czacz, Probst Respond in Puntz und v. Chlapowski auf Turwia.

Bromberg, 30. Nov. [Zu den Wahlen.] Die Zahl der Wahlmänner für die Kreise Bromberg und Wirsitz beträgt ca. 562. — Die Versammlung, welche das konservative Wahlkomitee des Nowraclaw-Schubiner Bezirks in Bromberg abhielt, war von etwa 16 Personen besucht. Bei der geringen Majorität, welche die deutschen Wahlmänner dieses Bezirks über die polnischen haben, kann das Auftreten des konservativen Wahlkomitees nachtheilige Folgen für die deutsche Sache haben.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 28. Nov. Kahn Nr. 1178, Schiffer Webrabend, und Kahn Nr. 222, Schiffer Götz, beide von Magdeburg nach Posen mit Gütern.

Am 30. Nov. Kahn Nr. 4918, Schiffer Abraham, von Stettin nach Posen mit Gütern; Kahn Nr. 2343, Schiffer H. Tay, von Berlin nach Posen mit Salz; Kahn Nr. 205, Schiffer J. Christians, von Spandau nach Posen leer.

Angekommene Fremde.

Vom 1. Dezember.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Frau v. Jagow aus Uchorow, Hauptmann in der 5. Gendarmeriebrigade v. Suchten aus Königberg, die Gutsbesitzer v. Milowski aus Popowko, Graf Grabowski aus Radownitz und v. Rogaliński aus Cerekwica, Gutsbesitzer und Lieutenant v. Platen aus Goslin, die Gutsb. Frauen Gräfin Grabowska aus Grylewo, v. Krzyger aus Zielin und v. Baranowska aus Skrzewo. BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rittergutsbesitzer Zehnauer aus Scrozy, die Kaufleute Willmer aus Zittau, Gängler aus Leipzig und Prager aus Czatzewo.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Baranowski aus Gwiazdowo, v. Grabowski aus Koninko und v. Nukowski aus Piotrkowice, Gymnasiallehrer Andrzejewski aus Walcz und Generalbevollmächtigter Szmitt aus Grylewo.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Grabek aus Rostovitz und v. Grudzielski aus Wreschen, Landwirth Pazemann aus Bromberg und Kaufmann Bock aus Dresden.

SCHWARZER ADLER. Lieutenant a. D. v. Heymann aus Gorka und Gutspächter v. Zalzewski aus Czatzewo.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Sommerfeld aus Konin, die Gutsbesitzer Bartels aus Groß-Starekola und Scheel aus Polajewo.

BAZAR. Die Gutsb. Frauen Gräfin Storzebska aus Kl. Jeziory und Gräfin Potulicka aus Gr. Jeziory, die Gutsbesitzer Graf Starke aus Biadacz, v. Chlapowski aus Brodnica und v. Chlapowski aus Turwia.

DREI LILLEN. Bürger Kromeyński aus Bronisz, Sekretär Male und Eigentümer Krolik aus Birnbaum.

PRIVAT - LOGIS. Schulantz-Kandidat Steinke aus Maniewo, St. Martin Nr. 35; Frau Wittmeister v. Koschembahr aus Görlich, kleine Witwenträte Nr. 6; Fräulein Felsch aus Birnbaum, Waisenstraße Nr. 6.

Vom 2. Dezember.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Gutsbesitzer Adler aus Vichtsau, die Lieutenantens Kielowski aus Köln und Gercke aus Vichtsau, Frau Gräfin Tyzkiewicz und Komtesse Tyzkiewicz aus Siedlec, Schatzmeister Heinze aus Wintersdorf, Fabrikbesitzer Stoffregen aus Sachsen, Inspector Eppert aus Bütow, Partizipier Schonert aus Dresden, Inspector Schmarke aus Magdeburg, die Kaufleute Rosentower aus Leipzig, Asch, Guttstadt, Rosenthal, Niemeyer und Landsberger aus Berlin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Königl. Oberförster Wehmeyer aus Machau, die Kaufleute Worberg aus Duisburg, Ahmann und Dultz aus Berlin, Höpfer de l'Orme aus Hanau, Günther aus Dresden und Weble aus Breslau.

HOTEL DU NORD. Kaufmann Bremer aus Saalfeld, die Rittergutsbesitzer Graf Czapski aus Bulowic, v. Matkowski aus Rudek, v. Mościeniec aus Grabow, v. Matzewski aus Szczepowice, v. Dobrski aus Niekrasow, v. Czarkowski aus Sosnica, v. Czajpczyński aus Bielawy und Thieme aus Plaszki.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Kaufmann Milbrat aus Köln, Rittergutsbesitzer v. Zeromski aus Brzoza, Lieutenant im 18. Inf. Regt. v. Grosscheer aus Danzig, die Gutsbesitzer Krüger aus Wola und Freygang aus Podarzewo.

SCHWARZER ADLER. Lehrer Jonas aus Grätz, Stadtrath Dutkiewicz und prakt. Arzt Dr. Czichowski aus Rogasen, Brennerei Hamilton aus Königsberg, Inspector Meyer aus Grzymiskaw, Gutsbesitzer und Lieutenant Sellenthin aus Komorowo, die Gutsbesitzer Włostowicz ne

Monats-Uebersicht	
der Provinzial-Aktienbank des Großherzogthums Posen.	
Geprägtes Geld	319,010 Thlr.
Noten der Preuss. Bank und Kassenanweisungen	31,940
Wechsel	1,591,540
Lombard-Bestände	219,250
Effekten	7,620
Grundstück und diverse Fortverdungen	43,080
Passiva.	
Noten im Umlauf	922,440 Thlr.
Forderungen von Korrespondenten	8,380
Bergzinische Depositen mit 6monatlicher Kündigung	6,000
Posen, den 30. November 1861.	168,380
Die Direktion. Hill.	

Bekanntmachung.
Wittwoch den 4. Dezember d. J. Vormittags 10 Uhr soll eine Quantität Roggenkleie u. f. w. in dem heisigen königlichen Magazin öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung verkauft werden.

Posen, den 30. November 1861.

Königl. Proviantamt.

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Pleschen.

Erste Abtheilung.

Pleschen, den 6. Juli 1861.

Die im Pleschenschen Kreise des Regierungsbezirks Posen belegenen Güter Golinia und Potarzyce nebst Attinenzen, abgeächt auf 244,004 Thlr. 3 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypotheken und Bedingungen in der Registrazione eingetragenen Taxe, sollen am 6. Februar 1862 Vormittags

11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht erschlichenen Realforderung aus den Kaufgeldern Besiedlung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Subhastationsgericht zu melden.

Ein Gut von ca. 5–600 Morgen Weizenböden, im Buler, Samter oder Posener Kreise mit guten Wohnhäusern, wozu höchstens eine Anzahlung von 10,000 Thlr. erforderlich ist, wird zu kaufen gewünscht. Offeren darüber bitte unter Adresse A. V. D. 38. bei der Expedition der Pol. Zeitung einzutragen.

Ein in einer großen Stadt befindliches, seit einer Reihe von zwanzig Jahren bestehendes Wein-Geschäft ist sofort zu verkaufen. Hierauf ernstlich Rücksicht erhaben Männer durch das Allg. Annonce-Bureau in Breslau, Alte Taschenstraße 29 Parterre.

Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Berlinische Renten- und Kapitals-Versicherungs-Bank.

Die Berlinische Lebensversicherungs-Gesellschaft übernimmt fortwährend Versicherungen auf das Leben einzelner und verbundener Personen zum Betrage von 100 bis 20,000 Thlr. zu billigen Prämien, und gewährt den bei ihr mit Anspruch auf Gewinn (Tabelle A.) versicherten Personen zwei Drittel des reinen Gewinnes der Gesellschaft.

Die mit derselben verbundene Renten- und Kapitals-Versicherungsbank übernimmt ebenfalls Versicherungen von Wittwen- und anderen Pensionen, so wie Kinder-, Renten- und Kapitalversicherungen der mannigfältigsten Art.

Die Pensionen für Wittwen werden stets zu ihrem vollen Betrage ausgezahlt, selbst wenn der Tod des Verögers schon im ersten Jahre der Versicherung erfolgen sollte.

Nähre Auskunft über die verschiedenen Versicherungsarten wird im Bureau der Gesellschaft, Spandauer Brücke Nr. 8, so wie von sämtlichen Agenten derselben bereitwillig ertheilt, bei welchen auch Geschäftspläne unentbehrlich entgegenommen und Versicherungsanträge jederzeit angemeldet werden können.

Posen, den 2. Dezember 1861.

Theodor Baarth,

Haupt-Agent,
Schuhmacherstraße Nr. 20.

Agenten:

Herr Kaufmann F. A. Wuttke hier,
Herr Kaufmann Ferd. Niess hier,
Herr Rentier A. L. Köhler in Gniezen,
Herr Metzhändler David Kempner in Grätz,
Herr Kaufm. C. Liesler in Krotoschin,
Apotheker G. C. Plate in Bissig,
Apotheker Gustav Hensel in Pleschen,
Herr Kaufm. Robert Pusch in Rawicz,
Buchhändler Jonas Alexander in Rogozen,
Herr Jacob Hamburger in Szamiegol,

Herr Apotheker M. Pomorski in Schrimm,
Part. Julius Schwanke in Trzemeszno,
Herr Kaufm. M. Zapalowski in Samter,
Destillateur H. Tschacher in Breslau,
Herr Kaufm. Herm. Böhme in Wohlstein,
Herr Kaufm. W. Griesbach in Neustadt b. P.,
Herr Kaufm. J. F. G. Krause in Kurnik,
Kommiss. Alt. D. Goldstein in Ostrowo,
Apoth. Heinr. Reinhardt in Birnbaum,
Albert Wotschky in Meißen,
Kämmerer Grothe in Schwerin a. B.

Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Breslau.

Gewährleistungskapital: Drei Millionen Thaler Pr. Crt. Die Gesellschaft übernimmt Versicherungen gegen Feuergefahr in Städten und auf dem platten Lande auf bewegliche und unbewegliche Gegenstände zu testen, möglichst billigen Prämien und bewilligt bei Versicherungen auf mehrere Jahre wesentliche Vorteile.

Prospekte und Antragsformulare werden jederzeit gratis verabreicht und bei der Versicherungsnahme jede wünschenswerte Auskunft bereitwillig ertheilt

von dem Generalagenten C. Meyer hier, Bergstraße Nr. 6,

und dem Spezialagenten Ed. Aschheim hier, Breslauerstr. (Hôtel de Saxe).

Für die leidende Menschheit!

Selbst veraltete Hämorrhoidal-Leiden, Unregelmäßigkeiten der Verdauung und des Sintflanges, damit verbundene Appetitlosigkeit, Magenkämpfe, Migräne und alle dergleichen den Humor zerstörende Nebel sind durch ein eben so einfaches als sicheres Hausmittel vollständig zu befreiten und kann jeder Leidende, welcher seine Adresse unter F. J. poste restante Wernigerode im Harz franko abgibt, Originalkopie von Rezept und Gebrauchsanweisung gegen Erstattung der Kopialien zur eignen Anwendung erhalten.

Hühneraugen, kranke Ballen, eingewachsene Nägel u. heile ich bei nur kurzem Aufenthalt und schmerlos ohne Anwendung eines Messers, Sprechstunden von 9 Uhr Morgens. Bestellungen werden tags zuvor angenommen.

W. Oelsner, Bergstr. 9.

Den hochgeehrten Publikum zeige ich hiermit ergeben an, daß ich mich hierorts als Schuhmacher etabliert habe. Durch meine in den größten Hauptstädten gesammelten Erfahrungen glaube ich mich befähigt, in dauerhafter und moderner Arbeit allen Ansprüchen genügen zu können. Ich bitte daher, mich mit recht zahlreichen Aufträgen gütigst beeilen zu wollen, wobei ich mich jederzeit der promptesten Ausführung und möglichst Billigkeit befleißigen werde.

A. Drzymala,

Schuhmachermeister,

Bergstraße Nr. 3.

Auch in diesem Jahre habe ich in den erweiterten Lokalen meines Geschäfts die neuesten und schönsten Gegenstände in Holz, Leder, Brouces und anderen Galanterie-Waren, welche sich zu Festgeschenken eignen in reichhaltigster Auswahl aufgestellt, und bitte die gezeigten hiesigen und auswärtigen Herrschaften, mit auch freundlichst dieses Jahr Ihre höchstschätzbares Wohlwollen nicht zu entziehen, da ich für wirklich dauerhafte und billige Waaren bestens Sorge trug.

Wilhelmsstr. 18

H. A. Fischer

vis-à-vis

von Hôtel de France.

Wilhelmsstr. 18

Wilhelms

